WerkstattGeschichte 18, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1997, S. 7-44

■ CHRISTIAN GERLACH

Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden

»Das Merkwürdigste an jener vielgenannten Zusammenkunft, die erst nach dem Kriege die Bezeichnung Wannsee-Konferenz erhielt, ist«, schrieb Eberhard Jäckel 1992, »daß man nicht weiß, warum sie stattgefunden hat.«[1]

Viele Historiker sehen das ähnlich und empfinden mit Blick auf diese Besprechung eine gewisse Ratlosigkeit.[2] Einerseits ist der historische Rang dieses Ereignisses weitgehend unbestritten, und die von Eichmann gefertigte Besprechungsniederschrift stellt ein zentrales Dokument dar. »In keinem anderen Schriftstück des nationalsozialistischen Staates«, so Wolfgang Scheffler, »wurde so deutlich der Gesamtplan zum Massenmord an den europäischen Juden dargelegt.«[3] Andererseits liegt gerade darin das Problem: Da wir immer noch zu wenig über die zentrale Planung der Judenvernichtung wissen, läßt sich die Wannsee-Konferenz schwer einordnen. Allerdings sind in jüngerer Zeit durch eine Reihe von Regionalstudien zum Mord an den Juden neue Erkenntnisse auch für die Entscheidungsprozesse in der deutschen Führungsspitze erwachsen.[4] Versuche, die Abläufe aus der Perspektive der zentralen

*Für Hinweise und Unterstützung beim Zustandekommen dieses Aufsatzes danke ich Martina Voigt, Armin Nolzen und Christoph Dieckmann sehr herzlich.
Bezüglich der im dritten Abschnitt vorgebrachten Erkenntnisse über eine Entscheidung Hitlers im Dezember 1941 ist ganz unabhängig vom Verfasser Peter Witte, Hemer, gleichzeitig zu ähnlichen Ergebnissen gekommen.

1 Eberhard Jäckel, Die Konferenz am Wannsee, in: Die Zeit Nr. 4 v. 17.1.1992, S. 33.

2 Auch Wolfgang Scheffler hat festgestellt, daß »des öfteren [...] nach den Gründen gefragt wird, warum Heydrich überhaupt diese Konferenz einberufen habe.« Ders., Die Wannsee-Konferenz und ihre historische Bedeutung, in: Erinnern für die Zukunft, Berlin 1993, S. 17.

3 Ebd. Die Echtheit des Dokuments steht außer Frage und ist auch von Eichmann ohne weiteres bestätigt worden. Vgl. von den hier zitierten Titeln besonders Scheffler, Wannsee-Konferenz; Johannes Tuchel, Am Großen Wannsee 56-58. Von der Villa Minoux zum Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 1992; Peter Klein, Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, Berlin o.J., S. 5-14.

4 Vgl. z.B. für das Generalgouvernement: Dieter Pohl, Von der »Judenpolitik« zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944, Frankfurt/M. u.a. 1993; ders., Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944, München 1996; Thomas Sandkühler, Die »Endlösung« in Galizien, Bonn 1996. Für Serbien: Christopher Browning, Fateful Months, New York, London 1985, S. 39-56 und 68-85; Walter Manoschek, »Serbien ist judenfrei«, München 1993. Ferner: Yitzhak Arad, The Holocaust of Soviet Jewry in the Occupied Territories of the USSR, in: Yad Vashem Studies 21 (1991), S. 1-47; Andrew Ezergailis, The Holocaust in Latvia 1941-1944, Washington und Riga 1996. Weitere Studien von Christoph Dieckmann über Litauen und Andrej Angrick über die Einsatzgruppe D sowie Peter Klein und Michael Alberti über den Reichsgau Wartheland sind in Vorbereitung.

Stellen neu zu interpretieren, sind in den letzten Jahren ebenfalls gemacht worden.[5] Vor allem aber sind Dokumente aus dem Umkreis der Wannsee-Konferenz aufgetaucht, die zusammmen mit längst bekannten und veröffentlichten, nunmehr entschlüsselbaren Quellen eine neue Sicht auf die Ereignisse freigeben.

Im folgenden will ich versuchen zu zeigen, daß die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 trotz allem bisher unterbewertet worden ist, weil sie eine Voraussetzung dafür war, nicht allein die 'Ostjuden', sondern auch die deutschen und westeuropäischen Juden zu ermorden, und in engem Zusammenhang mit Hitlers Grundsatzentscheidung stand, nunmehr *alle* europäischen Juden umzubringen. Denn eine solche Entscheidung, so scheint mir, fällte Hitler erst Anfang Dezember 1941;[6] zumindest gab er sie erst dann bekannt – mit deutlich erkennbaren, schwerwiegenden Folgen. Hitler fällte sie nicht einsam, sondern reagierte damit auf politische Initiativen und Anstöße aus Verwaltung und Parteiapparat.[7] Um dies zu verdeutlichen, gehe ich zunächst auf die Entwicklung bis Ende 1941 ein. Die Judenvernichtung hatte zu diesem Zeitpunkt in der besetzten Sowjetunion und einzelnen anderen Gebieten Osteuropas bereits begonnen. Als die Deportation der Juden aus dem Deutschen Reich im Herbst 1941 anfing, war die Entscheidung, sie zu ermorden, jedoch noch nicht gefallen, was sich anhand der Behandlung der Deportierten in den verschiedenen Zielorten belegen läßt. In dieser Situation – so meine nächste These – wurde die Wannsee-Konferenz zunächst dazu einberufen, um zwischen den Staats- und Parteidienststellen über die künftige 'Behandlung' der deutschen Juden – gleichzeitig Präjudiz für die Juden Westeuropas – Klarheit zu schaffen und eine verbindliche Definition festzulegen, wer als Jude unter sie fallen sollte. Hitlers Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, die ich in einem dritten Abschnitt belegen werde, änderte die Voraussetzungen, unter denen die zunächst verschobene Konferenz schließlich stattfand. Die Vernichtungspläne des RSHA und anderer Stellen erhielten dadurch einen starken Antrieb, die Ministerialbürokratie erhob gegen die systematische Ermordung der Juden im Deutschen Reich und im übrigen Europa keine Einwände, wollte lediglich sogenannte Mischlinge davon ausnehmen, und die gesamteuropäische Planung des Völkermords nahm ihren Anfang. Im fünften und letzten Abschnitt betrachte ich die Folgen der Wannsee-Konferenz vor allem für die deutschen Juden, deren Deportation in verschiedene Vernichtungsorte offensichtlich koordiniert Anfang Mai 1942 begann. Die vom RSHA ebenfalls geplante Ermordung der 'Mischlinge' in Mittel- und Westeuropa scheiterte dagegen an Einsprüchen des Reichsinnen- und -justizministeriums und verschiedenen anderen 'Schwierigkeiten'.

---

5 Völlig neue Wege gingen: Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung, Hamburg 1991; Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995. Außerdem: Richard Breitman, The Architect of Genocide. Himmler and the Final Solution, London 1992; Christopher Browning, The Path to Genocide, Cambridge/Mass. 1992; Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien und Zürich 1993; Philippe Burrin, Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord, Frankfurt/M. 1993.

6 Diese These vertritt quellenmäßig fundiert bisher einzig der niederländische Historiker L. J. Hartog, Der Befehl zum Judenmord. Hitler, Amerika und die Juden, Bodenheim 1997 (niederländisch 1994). Auf seine Interpretation gehe ich unten im einzelnen ein (vgl. Anm. 113, 120, 221).

7 Diese politische Grundsatzentscheidung ist von Hitlers persönlichem, inneren Entschluß zum Mord an allen Juden Europas zu unterscheiden, der nur sehr schwer sicher zu datieren sein wird (was sich dieser Aufsatz nicht zur Aufgabe setzt).

1. Der Zusammenhang: Das Stadium der Vernichtung in Europa Ende 1941

Um das Umfeld der Wannsee-Konferenz beurteilen zu können, ist es zunächst nötig, sich kurz das Stadium der Judenvernichtung in Europa zur Jahreswende 1941/42 in Erinnerung zu rufen:

- In den besetzten sowjetischen Gebieten hatten direkt nach der deutschen Invasion am 22. Juni 1941 die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, Polizeibataillone, Brigaden der Waffen-SS und in geringerem Maß auch rückwärtige Einheiten der Wehrmacht erstmals systematisch Juden ermordet, zuerst Männer im wehrfähigen Alter. Im August und September 1941 dehnten sie ihre Aktionen auf jüdische Frauen und Kinder aus. Im September und Oktober begannen sie damit, ganze jüdische Gemeinden auszulöschen und taten damit den Schritt zur totalen Vernichtung.[8]
- In Serbien richtete sich die brutale Repressionspolitik der Wehrmacht in erster Linie gegen die Juden. Sie ermordete im Herbst 1941 den Großteil der jüdischen Männer.[9]
- Im Generalgouvernement Polen fanden bis zum Frühjahr 1942 keine systematischen Massenmorde an Juden statt – mit Ausnahme des Distrikts Galizien, dessen Territorium aber bis zum Juni 1941 zur Sowjetunion gehört hatte. Dort begannen die deutschen Massentötungen an Juden im Oktober 1941.[10] Das ausschließlich zum Mord an Juden bestimmte Vernichtungslager Belzec im Distrikt Lublin befand sich zwar bereits seit November 1941 im Bau.[11] Wegen seiner relativ geringen Mordkapazität kann es jedoch noch nicht dazu bestimmt gewesen sein, kurzfristig alle Juden des Generalgouvernements zu ermorden.[12]

---

8 Im besetzten Litauen war der Übergang zur totalen Vernichtung bereits Mitte August. Lediglich in drei größeren Städten ließen die Deutschen etwa 30.000 jüdische Arbeitskräfte und Familienangehörige am Leben. Siehe zu den Morden in den besetzten sowjetischen Gebieten Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981; Arad, Holocaust of Soviet Jewry, S. 1-22; Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die »Genesis der Endlösung«, Berlin 1996; Christian Gerlach, Wirtschaftsinteressen, Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Weißrußland 1941-43, in: Ulrich Herbert, Nationalsozialistische Vernichtungspolitik, 1939 bis 1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt/M. 1997 (im Druck).

9 Browning, Fateful Months, S. 39 ff.; Manoschek, »Serbien ist judenfrei«, S. 69 ff.

10 In den 1939 von der Sowjetunion annektierten ehemals polnischen Gebieten ermordeten die deutschen Einheiten ab Anfang Oktober 1941 systematisch Juden, um ihre Zahl zu reduzieren und damit 'unnütze Esser' loszuwerden, sie vernichteten in der Regel aber noch keine jüdischen Gemeinden. Der Anteil der Ermordeten betrug dort 1941 ca. 15-25 % der jüdischen Bevölkerung, während in den schon ursprünglich sowjetischen Gebieten und im Baltikum nahezu alle Juden umgebracht wurden. Siehe Gerlach, Wirtschaftsinteressen; Arad, Holocaust of Soviet Jewry, besonders S. 18-22; Shmuel Spector, The Holocaust of Volhynian Jews 1941-1944, Jerusalem 1990; zu Galizien Pohl, Judenverfolgung, S. 139 ff.

11 Vgl. Adalbert Rückerl, Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, S. 106 f. und 132 f.; Yitzchak Arad, Belzec, Sobibor, Treblinka. The Operation Reinhard Death Camps, Bloomington und Indianapolis 1987, S. 23-29; Ino Arndt/Wolfgang Scheffler, Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 24 (1976), S.105-35, hier S. 117-19.
Gelegentlich wird angenommen, daß auch das Vernichtungslager in Sobibor bereits in Vorbereitung war. Siehe zusammenfassend Pohl, Lublin, S. 106.

12 Zum letzten Punkt mit überzeugenden Argumenten Pohl, Lublin, S. 101.

- Im annektierten »Reichsgau Wartheland« begannen Ende September/Anfang Oktober 1941 in einigen Kreisen Massenmorde an Juden. Etwa seit dieser Zeit war auch ein Vernichtungslager in Chelmno bei Lodz im Aufbau. Dort tötete ein SS-Kommando seit dem 8. Dezember 1941 systematisch Juden aus den umliegenden Landkreisen, seit dem 16. Januar 1942 polnische Juden aus Lodz in Gaswagen.[13]
- Zwischen dem 14. und 18. September 1941 genehmigte Hitler den Beginn der Deportation der deutschen Juden nach Osten, zu der er schon einige Zeit von Himmler, Heydrich und mehreren Gauleitern gedrängt worden war. Seit dem 15. Oktober gingen Transporte mit Juden aus Städten im ganzen Reichsgebiet einschließlich Österreich und dem Protektorat Böhmen und Mähren nach Lodz, Minsk, Kaunas und Riga ab. Darin wurde von der deutschen Führung und vom SS- und Polizeiapparat eine vorläufige Maßnahme gesehen; aus organisatorisch-technischen Gründen konnte zunächst nur ein Teil der deutschen Juden deportiert werden. Die Deportation inhaftierter französischer Juden nach Osten war im September 1941 ebenfalls angekündigt worden.[14]
- Im September und Oktober 1941 ist also der Übergang zum Völkermord an Juden oder der Beginn seiner Vorbereitung in mehreren besetzten Ländern und Regionen deutlich erkennbar. In den besetzten sowjetischen Gebieten begann die totale Vernichtung; in der Westukraine, in Westweißrußland und im Warthegau hatten selektive Massentötungen sogenannter Arbeitsunfähiger eingesetzt, und in Serbien wurde durch den Mord an den jüdischen Männern auch die Tötung der Frauen und Kinder vorweggenommen, die in den Augen der Besatzungsverwaltung 'unnütz' waren. In Verbindung mit diesen Geschehnissen setzen die meisten Historiker bislang den Beschluß zur Deportation der deutschen Juden mit der Entscheidung gleich, sie zu töten. Meist nimmt man zwei getrennte Entscheidungen an, eine zum Mord an den sowjetischen Juden im Juli oder August 1941[15] und eine zum Mord an den Juden im übrigen Europa im September oder Oktober[16] – soweit hier nicht ohnehin von einem Termin bereits im Januar 1941 oder weit vorher ausgegangen wird.[17]

---

13 Arndt/Scheffler, Organisierter Massenmord, S. 116 f.; Rückerl, Nationalsozialistische Vernichtungslager, S. 259-68; Aly, »Endlösung«, S. 355; Florian Freund/Bertrand Perz/Karl Stuhlpfarrer, Das Getto in Litzmannstadt (Lodz), in: »Unser einziger Weg ist Arbeit«. Das Getto Lodz 1940-1944, Frankfurt/M. 1990, S. 17-31.

14 Die beste Zusammenfassung und neue Erkenntnisse liefert Peter Witte, Zwei Entscheidungen in der »Endlösung der Judenfrage«: Deportationen nach Lodz und Vernichtung in Chelmno, in: Miroslav Karny u.a. (Hrsg.), Theresienstädter Studien und Dokumente, Prag 1995, S. 38-68.

15 Browning, Path (Juli); Ogorreck, Einsatzgruppen, und Burrin, Hitler (August). In älteren Arbeiten wird von einer Entscheidung zum Mord an den sowjetischen Juden im Frühjahr 1941 ausgegangen: Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas, 5. Auflage, Berlin-W. 1979, S. 89 ff.; Krausnick, Die Einsatzgruppen vom Anschluß Österreichs bis zum Feldzug gegen die Sowjetunion, in: Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 107 ff. und 150 ff.; vor dem 22.6.1941: Hilberg, Vernichtung, S. 288 ff.

16 Burrin, Hitler, S. 133 ff. (September), Browning, Path (Oktober); Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1979, S. 312 (zwischen September und November); im »Sommer« laut Raul Hilberg, Die Aktion Reinhard, in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt/M. 1987, S. 125-36, hier S. 126.

17 So von Breitman, Architect, S. 145 ff.; vorsichtiger Leni Yahil, The Holocaust. The Fate of European Jewry, 1932-1945, New York und Oxford 1990, besonders S. 253 und S. 320.

Die Wannsee-Konferenz fand am 20. Januar 1942 statt. Ursprünglich war sie für den 9. Dezember 1941 angesetzt, die Einladungen stammen vom 29. November. Diese Daten liegen deutlich nach jener Zäsur im Frühherbst 1941, und so kann die Besprechung nach den vorherrschenden Interpretationen mit der Entscheidung für den Völkermord nichts mehr zu tun gehabt haben, sondern nur mit eher zweitrangigen Problemen der Kompetenzverteilung, Abstimmung und Organisation. Von den verschiedenen Themen, die dem Protokoll[18] zufolge auf der Konferenz behandelt wurden, werden jeweils andere als entscheidend angesehen: Heydrich habe den anwesenden Vertretern verschiedener Ministerien das gesamteuropäische Vernichtungsprogramm vorstellen,[19] sie informieren und von seiner alleinigen Zuständigkeit überzeugen wollen,[20] habe die Probleme und Differenzen hinsichtlich der Einbeziehung der west-, nord- und südosteuropäischen Juden, der deutsch-jüdischen 'Mischlinge' und der 'Rüstungsjuden' ausräumen und eine Koordination erreichen wollen.[21]

Obwohl gewiß keiner dieser Punkte unerheblich war, gab es ein Thema, das die Besprechung aus Sicht der Strategen des Massenmords dringend erforderlich machte. Dies deutet sich in späteren Vernehmungsaussagen einiger Beteiligter an. Der damalige Gestapochef von Minsk, Georg Heuser, äußerte nach dem Krieg als Zeuge, vor der Wannsee-Konferenz hätten 'nur' die »Ostjuden« ermordet werden sollen. »Die deutschen Juden sollten zunächst im Osten angesiedelt werden. Nach der Wannseekonferenz hieß es dann, daß alle Juden zu vernichten sind.«[22] Auch Adolf Eichmann hatte in einer seiner ersten Vernehmungen erklärt: »[D]ie Wannseekonferenz war ja erst der Beginn der eigentlichen Tötungsgeschichten«.[23] Dem hielten der Vernehmungsbeamte und die Historiker entgegen, die Morde an Juden in der Sowjetunion hätten ja schon lange vorher begonnen,[24] doch Eichmanns Äußerung bezog sich auf die Morde, die er selbst zu organisieren gehabt hatte. Heusers und Eichmanns Aussagen weisen auf ein anderes 'Problem' hin, das für die Verantwortlichen zur Jahreswende 1941/42 bestand: Sollten, oder genauer: durften auch die *deutschen* Juden getötet werden?

---

18 Die Niederschrift ist im Faksimile abgedruckt bei: John Mendelsohn (Hrsg.), The Holocaust. Selected Documents in Eighteen Volumes, Bd. 11, New York und London 1982, und mit Anschreiben Heydrichs an das Auswärtige Amt v. 26.2.1942 in: Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 121-136. Ich zitiere im folgenden nach Tuchel.

19 Reitlinger, Endlösung, S. 105 ff.

20 Scheffler, Wannsee-Konferenz, S. 24 f. und 30. Den zuletzt genannten Gesichtspunkt betont besonders Jäckel, Konferenz.

21 Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, durchgesehene und erweiterte Auflage, Frankfurt/M. 1990, S. 421; die ersten beiden Aspekte hebt Adam, Judenpolitik, S. 314, hervor, da sie die einzigen nicht schon zuvor geklärten Punkte gewesen seien. Eine Mischung mehrerer gleichrangiger Aspekte sehen Aly/Heim, Vordenker, S. 455; Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, 2. Auflage 1992, S. 33 ff.;Wolf Kaiser, Die Wannsee-Konferenz, in: Heiner Lichtenstein/Otto R.Romberg (Hrsg.), Täter – Opfer – Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart, Bonn 1995, S. 24-37, hier S. 28 f.

22 Vern. Georg Heuser v. 18.3.1969, Staatsanwaltschaft (StA) Mainz 3 Ks 1/67, Protokolle B Band I (Hauptverhandlung), Bl. 177. Es ist hervorzuheben, daß dies eine Aussage in einer Hauptverhandlung war, in der es keine Vorbesprechung gab, in der Heuser diese Aussage suggeriert worden sein könnte. Außerdem hatte dieser Punkt mit dem Gegenstand des Verfahrens – der Judenvernichtung im Gebiet Lida – nichts zu tun.

23 Vern. Adolf Eichmann v. 6.6.1960, zitiert nach: State of Israel, Ministry of Justice, The Trial of Adolf Eichmann. Records of the Proceedings in the District Court of Jerusalem (im folgenden: Trial of Adolf Eichmann), Bd.VII, Jerusalem 1995, (Ton-)Band 5, Bl. 5 (S. 169).

24 Ebd. und Jäckel, Konferenz, S. 34.

2. Das ursprüngliche Hauptthema der Konferenz – 'Behandlung' und Definition der deutschen Juden

Am Mittag des 30. November 1941 führte Heinrich Himmler ein Telefongespräch mit Heydrich und notierte dazu: »Judentransport aus Berlin. keine Liquidierung.«[25] Der Anruf kam zu spät: die 1.000 Berliner Juden, am 27. November aus Berlin deportiert, waren schon am Morgen des 30. November in der Nähe von Riga erschossen worden.[26] An diese Notiz Himmlers hat der rechtsradikale britische Historiker David Irving die Behauptung geknüpft, Hitler hätte zu jener Zeit angeordnet, die Judenvernichtung schlechthin zu beenden. Diese absurde Auffassung haben seriöse Historiker natürlich zurückgewiesen, zugleich aber die Vermutung geäußert, daß diese Exekutionen bei einigen deutschen Behörden erhebliches Aufsehen hervorriefen, und

Himmler deshalb weitere Morde an deutschen Juden fürs erste stoppte.[27] Daß Hitler eingeschaltet wurde, ist nicht erwiesen. Allerdings drehte sich bei ihm am folgenden Tag die Tischunterhaltung um sogenannte Mischehen, jüdische 'Mischlinge', möglicherweise auch um jüdische Frontkämpfer. Doch sind Hitlers Äußerungen nicht klar zu deuten.[28]

Betrachten wir das Schicksal der deutschen Deportationstransporte des Jahres 1941 genauer, ergibt sich folgendes: von den etwa 20.000 deutschen Juden, die man zwischen dem 15. Oktober und dem 4. November nach Lodz transportierte, wurde zunächst – außer durch Hunger – niemand getötet. Der regionalen Zivilverwaltung um den Regierungspräsidenten Uebelhör war es gelungen, durch ihre Proteste die geplante Zahl von 60.000 aufzunehmenden Personen auf 25.000 zu verringern.[29] Es liegt kein Beleg dafür vor, daß man sich in Lodz damals bereits mit der Frage der Ermordung deutscher Juden beschäftigte. Als Zivilverwaltung und SS-Polizeiapparat Mitte Januar 1942 begannen, Juden aus dem Ghetto nach Chelmno zur Vernichtung abtransportieren zu lassen, nahmen sie die deutschen Juden davon zunächst aus.[30]

Die nächste Station war Minsk. Zwischen dem 8. und 28. November 1941 wurden etwa 7.000 Juden aus dem »Altreich«, aus Wien und Brünn dorthin abtransportiert.[31] Alle deutschen Juden wurden ins Ghetto eingewiesen, zunächst wurde niemand getötet. Um für sie Platz zu schaffen, waren zwischen dem 7. und 11. Novem-

---

25 Telefonnotizen Himmler v. 30.11.1941, Bundesarchiv (BA) NS 19/1438.

26 Gerald Fleming, Hitler und die Endlösung. »Es ist des Führers Wunsch...«, Wiesbaden/München 1982, S. 88 ff.

27 Siehe Martin Broszat, Hitler und die Genesis der »Endlösung«. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: VfZ 25 (1977), S. 739-75, hier S. 760 f.; Scheffler, Wannsee-Konferenz, S. 20; Aly/Heim, Vordenker, S. 465; David Irving, Hitler's War, London u.a. 1977, S. 330-32. Allerdings ist ungeklärt, wer hier wen anrief und ob das Ansinnen, die deportierten deutschen Juden vorläufig nicht zu ermorden, von Himmler oder Heydrich ausging.

28 Werner Jochmann (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, München 1982, S. 147-49 (datiert »1./2.12.1941«).

29 Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 222-24. Darunter waren 5.000 Roma aus dem Burgenland.

30 Siehe Anm. 199.

31 Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 v. 21.5.1963, in: Adelheid L. Rüter-Ehlermann u.a. (Hrsg.), Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, Amsterdam 1979, S. 190; undatierte Berichte der Einsatzgruppe A und des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD [KdS] Minsk (Januar 1942), Institut für Zeitgeschichte (IfZ) Fb 101/34 und Fb 104/2.

ber 6.624 weißrussische Juden von Sicherheitspolizei und SD erschossen worden, am 20. November 5.000 weitere. Eigentlich war die Verschleppung von 25.000 deutschen Juden nach Minsk geplant gewesen, doch die Transporte wurden auf Grund eines Protests der Heeresgruppe Mitte gestoppt, die sich wegen der Schlacht um Moskau in einer kritischen Nachschub- und Eisenbahntransportsituation befand.[32]

Anders im litauischen Kaunas: Dort trafen am 25. und 29. November insgesamt 4.934 Juden aus Deutschland und Österreich ein, die das Einsatzkommando 3 der Sicherheitspolizei und des SD alle erschoß.[33] Die Befehlsgrundlage für diese Morde liegt aus Mangel an Quellen im Dunkeln. Oft wird behauptet, die Transporte seien kurzfristig und überraschend nach Kaunas geleitet und ihre Insassen deshalb, quasi zur 'Problemlösung', ermordet worden. Doch war der Plan, die ersten fünf Transporte ins Baltikum nach Kaunas zu leiten, schon drei Wochen zuvor bekannt.[34] Nur drei Tage vor dem ersten Massaker traf der Abteilungsleiter Ostland im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Dr. Bruno Peter Kleist, in Kaunas mit dem Chef des Einsatzkommandos 3 zusammen und zeigte sich zufrieden mit dessen Mordaktionen gegen die litauischen Juden. Man darf deshalb annehmen, daß das über die Transporte informierte Ostministerium mit dem beabsichtigten Massenmord an den erwarteten deutschen Juden in Kaunas einverstanden war.[35] Erst neue Aktenfunde werden hier aufklären können, warum und durch wen es zu dieser Entscheidung kam und ob es überhaupt Bedenken irgendwelcher deutscher Stellen gab.

Einen Tag nach der zweiten Massenerschießung an deutschen Juden in Kaunas, am 30. November 1941, wurden die Insassen des bereits erwähnten Transports aus Berlin bei Riga ermordet. Die Vernichtungsaktion leitete der Höhere SS- und Polizeiführer (HSSPF) Ostland Friedrich Jeckeln, der sie mit eigenen Verbänden durchführte und erst später am Tag bei der Ermordung von mehreren tausend lettischen Juden die Hilfe des Einsatzkommandos 2 in Anspruch nahm.[36] Bei dem Massaker war

---

32 Am 11.11. war der erste Transport aus Hamburg in Minsk eingetroffen, am 14.11. beauftragte der Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Mitte, Generalmajor v. Greiffenberg, den Wehrmachtbefehlshaber Ostland in Riga, General Braemer telefonisch, beim Chef des Transportwesens im OKH zu protestieren, was Braemer spätestens am 20.11.1941 tat. Das führte zur sofortigen Absetzung aller noch geplanten Züge außer einem Transport aus Köln, der am 28.11. abfuhr. Vgl. KTB H.Gr.Mitte v. 12.11. und 14.11.1941, Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) RH 19 II/387, Bl. 55 und 63; Safrian, Eichmann-Männer, S. 150; Chef Sipo/SD, Ereignismeldung Nr. 140 v. 1.12.1941, BA-MA SF-01/28934.

33 Einsatzkommando 3, Bericht v. 1.12.1941, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg [ZStL] UdSSR Bd. 401, Bl. 91; Abdruck als Faksimile in Heinz Artzt, Mörder in Uniform, München 1979, hier S. 189.

34 Einsatzgruppe A an Reichskommissar für das Ostland v. 8.11.1941, BA R 90/146. Laut einer handschriftlichen Notiz hatte der RKO kurz darauf eine Abschrift an den Generalkommissar für Litauen in Kaunas gesandt, der also vorab informiert war.

35 Persönliches Notizbuch Kleist, Eintrag v. 22.11.1941, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bd. 65, Bl. 12460. Kleist hatte zwar vor Übergabe seiner Aufzeichnungen an die Justiz – wie an mehreren sensiblen Stellen – eine Zeile unleserlich gemacht, vergaß aber dabei folgende Passage: »Bei Staf. Jäger bester Eindruck: Er ruht ganz auf lit.[auischer] Mitarbeit. Wenn auf diesem heikelsten Gebiet die Selbstverwaltung eingeschaltet wird, gibt es keine Ausrede mehr für alle anderen Gebiete.« Jäger schaltete bekanntlich weitgehend litauische Kommandos in die Mordaktionen ein. Am 21.11. hatte Kleist über seinen Aufenthalt in Kaunas notiert: »Mittags im Ghetto, Huhn im Topf, Seuchenkrankenhaus, daneben zugeschüttete Grube...«.

36 Safrian, Eichmann-Männer, S. 153. Siehe auch Vern. Friedrich Jeckeln v. 14.12.1945, Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten [BA D-H] ZM 1683, Bd. 1, Bl. 12 f.

auch Hinrich Lohse, der Reichskommissar für das Ostland, anwesend.[37] Erst zwei Tage zuvor hatte er seine Einwände gegen die Deportation deutscher Juden in 'sein' Reichskommissariat fallen lassen und war damit der Haltung des Ostministeriums gefolgt.[38] Dennoch erregte die Exekution der Berliner Juden in Riga großes Aufsehen.[39] Die weiteren in Riga ankommenden reichsdeutschen Juden wurden nicht mehr sofort erschossen, sondern zunächst in provisorischen Lagern außerhalb der Stadt untergebracht. Viele starben dort rasch an den furchtbaren Lebensbedingungen, andere wurden von den Wachen oder im Wald von Bikerniki erschossen. Der am 10. Dezember eintreffende Transport aus Köln war der erste, dessen Insassen ins Rigaer Ghetto einziehen durften. Es folgten noch 14 weitere.[40] Besonders in den Lagern starben schon im Dezember 1941 und Januar 1942 offenbar mehrere tausend Personen. Laut Zeugenaussagen wurden die Insassen mehrerer weiterer eingetroffener Transporte im Dezember 1941 alle getötet. Kranke und schwache Menschen sonderte das Einsatzkommando 2 aus und ermordete sie, versuchte die Morde aber zu tarnen, damit der Sinn der Selektionen »bei den hiesigen Juden und den Juden im Reich« nicht bekannt würde.[41]

Fassen wir diese makabere Bilanz zusammen: ein allgemeiner Befehl zum Mord an den deutschen Juden lag noch nicht vor. In Lodz und Minsk ließen deutsche Verwaltung und Polizei die angekommenen deutschen Juden 1941 am Leben, in Kaunas wurden alle ermordet, in Riga die Menschen aus dem ersten Transport offen ermordet, die später Eintreffenden teils am Leben gelassen, teils in 'kleineren' Aktionen erschossen oder durch unsäglich schlechte Lebensbedingungen (vor allem Kälte) umgebracht. Direkte Tötungen geschahen aber nun möglichst heimlich.[42]

Es folgten sehr bald Einsprüche der Zivilverwaltung. Sowohl der Generalkommissar Wilhelm Kube aus Minsk als auch Lohse übersandten dem Ostministerium Listen mit Namen von Menschen, die nach den Deportationsbestimmungen nicht nach

---

37 Dies wurde Kleist am folgenden Tag von Beamten des RKO in Riga berichtet: »Erzählung von Erschiessung von 10.000den deutsche[n] + lettl. Juden durch SS. RK [Reichskommissar] habe zugesehen.« Notizbuch Kleist unter dem 1.12.1941, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bd. 65, Bl. 12460. Kleist nahm die Nachricht von dem Massaker auch an deutschen Juden ohne nachvollziehbare Reaktion auf, auch dies deutet auf die Zustimmung des Ostministeriums hin.
Lohse gab nach dem Krieg von sich aus zu, sich eine Massenexekution bei Riga in Anwesenheit Jeckelns angesehen zu haben. Er datierte sie auf Anfang Dezember 1941: Vern. Hinrich Lohse v. 19.4.1950, StA Hannover 2 Js 499/61, Sonderheft 4, Bl. 82 f.

38 Safrian, Eichmann-Männer, S. 149.

39 Frank Flechtmann, November 1944: »Und nun erst recht!« Ein Hornberger läßt schießen, in: Die Ortenau 1996, S. 471-91, hier S. 482, behauptet ohne erkennbare Quelle, Meldungen darüber hätten noch am selben Abend der britische und der sowjetische Rundfunk gebracht. Für den Hinweis auf diese Veröffentlichung danke ich Dieter Pohl. Am 19.12. erreichte die Nachricht das Reichsinnenministerium: Bernhard Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: VfZ 9 (1961), S. 264-313, hier S. 310.

40 Siehe Ezergailis, Holocaust, S. 352-59; Hans-Heinrich Wilhelm, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, Frankfurt/M. 1996, S. 124-31; Auszug aus einem undatierten Bericht der Einsatzgruppe A, in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 99 f.

41 Undatierter Bericht des Einsatzkommandos 2, zitiert nach: Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 130; ferner Bernhard Press, Judenmord in Lettland 1941-1945, Berlin 1992, S. 117-19; Reitlinger, Endlösung, S. 103.

42 Ungeklärt ist der genauere Hintergrund der Morde an 1.000 deutschen Juden in Kaunas am 11. Januar 1942. Noch tags zuvor war ihre Einweisung ins Ghetto vorbereitet worden. Für diesen Hinweis danke ich Christoph Dieckmann.

Osten hätten deportiert werden dürfen. Die Listen waren ihnen von deutschen Juden in den Ghettos Minsk und Riga übergeben worden. Kube hatte am 29. November das deutsche »Sonderghetto« in Minsk besucht und bemängelt, daß unter den Deportierten sogenannte Judenmischlinge, die nicht Juden im Sinn der Nürnberger Gesetze waren, Juden mit 'arischen' Ehepartnern, Brüder von Wehrmachtangehörigen und Ordensträger des Ersten Weltkriegs seien. Er kündigte einen sofortigen Protest beim Ostministerium an, der dort spätestens am 8. Dezember eingetroffen zu sein scheint.[43] Ähnlich, wenn auch weniger spektakulär, handelte Lohse wenig später. Beide Einsprüche mit entsprechenden Namenslisten wurden Heydrich über den stellvertretenden Ostminister Alfred Meyer zugeleitet.[44]

Zwar zeigt die zeitliche Abfolge, daß sie für den Erschießungsstop nicht entscheidend gewesen sein können.[45] Doch dies waren bei weitem nicht die einzigen Interventionen. Noch am 10. Oktober hatte Heydrich erklärt, es solle »keine Rü[c]ksicht auf Juden mit Kriegsauszeichnungen genommen werden«, sondern sie sollten »im Gegenteil im entsprechenden Prozentsatz mit evakuiert werden«.[46] Am 20. November hatte Eichmann jedoch ein Rundschreiben mit Deportationsrichtlinien versandt, die den Kreis der Opfer einschränkten, offenbar weil das RSHA Beschwerden erhalten hatte und noch weitere erwartete,[47] wie auch Heydrichs Äußerungen gegenüber Goebbels zeigen.[48] Einsprüche kamen trotzdem, weil diese Richtlinien nicht eingehalten wurden. So setzten sich in Berlin Anfang November zwei prominente Fürsprecher für die Freilassung des jüdischen Rechtsanwalts Dr. Karl Loewenstein ein, der trotzdem nach

43 Siehe Notizbuch Kleist unter dem 8.12.1941: »Jude – Kube – erschossen? Schmitz«, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bd. 65, Bl. 12460. Schmitz war zuständiger Sachbearbeiter in der Hauptabteilung I (Politik) des Ostministeriums.- Ferner Aktennotiz KdS Minsk v. 29.11.1941 und Antwort Heydrichs an Kube v. 21.3.1942, im Bericht des Abwehroffiziers des Chefs der Bandenkampfverbände Reichsführer-SS, Strauch, an seinen Vorgesetzten Bach-Zelewski v. 25.7.1943, BA NS 19/1770, Bl. 15-27, abgedruckt in: Helmut Heiber (Hrsg.), Aus den Akten des Gauleiters Kube, in: VfZ 4 (1956), S. 67-92, hier S. 83-85, vgl. auch S. 90 (Vermerk v. 2.12.1941); Bericht des Judenreferenten des KdS Minsk, Burkhart, vom Januar 1942, IfZ Fb 104/2.
Kube nahm sich der Sache erst relativ spät an, weil er etwa zwischen dem 10. und 20.11. im Reich war. Vgl. Notizbuch Kleist unter dem 17.11.1941, a.a.O.; Vern. H.v.R. v. 18.5.1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7149 f.; Anklageschrift ebd., S. 446 f.; Kube an Rosenberg v. 4.11. und Marquardt an DAF-Oberführer Zillig v. 18.11.1941, BA R 6/27, Bl. 23 und 26.

44 Erwähnt von Eichmann auf einer Konferenz über die neuen Deportationsrichtlinien am 6.3. laut Vermerk eines Polizeiinspektors der Stapoleitstelle Düsseldorf v. 9.3.1942, vgl. H. G. Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 194 f.

45 Safrian (Eichmann-Männer, S. 167, Anm. 96) ist zuzustimmen, wenn er es für unwahrscheinlich hält, daß Kubes Protest nach dem Ghettobesuch vom 29.11. Himmler schon 24 Stunden später erreicht hat.

46 Notizen am 10.10.41 über die Lösung von Judenfragen, Dokument Nr. 1193 des Eichmann-Prozesses, BA F 5493. Nach Heydrich sollte lediglich »dieser oder jener Jude [...], der von hohen Reichsstellen protegiert wird«, verschont werden, »um keinen zu grossen Anlauf von Schreiben wegen solcher Juden zu erhalten« (ebd.).

47 Anscheinend nahm das RSHA unter anderem Träger von Kriegsorden aus. In einem Fernschreiben v. 17.4.1942 nannte Eichmann die Anordnung v. 20.11.1941 als Bezug, und zwar mit den Worten, daß Juden im Besitz von Verwundetenabzeichen »*ebenfalls* nicht nach Osten evakuiert« werden sollten. Zitiert nach Fleming, »Es ist des Führers Wunsch...«, S. 129, Anm. 258 (Hervorhebung C.G.). Die eigentlichen Deportationsrichtlinien waren schon vor dem 20.11.1941 ergangen: Adam, Judenpolitik, S. 316.

48 Vgl. Goebbels' Tagebuchnotiz v. 18.11.1941 bei Broszat, Hitler, S. 752.

Minsk deportiert wurde.[49] Zur Durchführung der Massenmorde an Juden selbst gab es, wie Gestapochef Müller am 6. Februar 1942 schrieb, »laufend anonyme Schreiben an fast alle Stellen des Reichsgebiets«.[50] Die zahlreichen Proteste vor allem gegen die Einbeziehung von sogenannten Halbjuden, Ordensträgern und Juden mit 'arischen' Ehepartnern führten zum bereits erwähnten vorläufigen Stop der Erschießungen am 30. November 1941 durch Himmler.

Bevor weitere Maßnahmen gegen die deportierten deutschen Juden durchgeführt werden konnten – einige Verantwortliche strebten an, sie bald zu ermorden[51] –, mußten die Opfer eindeutig definiert sein.[52] Dafür war eine Besprechung der zuständigen staatlichen Stellen, eben die Wannsee-Konferenz, unerläßliche Voraussetzung. Der geschäftsführende Reichsjustizminister Franz Schlegelberger drückte es so aus: »Die Endlösung der Judenfrage setzt eine klare und für immer maßgebende Abgrenzung des Personenkreises voraus, für den die in Aussicht genommenen Maßnahmen getroffen werden sollen.«[53] Das war das Hauptthema der Besprechung. Von den Teilnehmern waren die meisten, nämlich Heydrich, Müller und Eichmann (RSHA), Hofmann (Rasse- und Siedlungshauptamt-SS), Kritzinger (Reichskanzlei), Stuckart (Innenministerium), Klopfer (Partei-Kanzlei) und Freisler (Justizministerium) mit diesem Thema befaßt, indirekt auch Neumann (Vierjahresplanbehörde), Meyer und Leibbrandt (Ostministerium).[54] Es sollte vor allem um die deutschen Juden gehen. Nicht umsonst hatte Heydrich in seiner ersten Einladung eine »Aussprache« der an der »Endlösung« beteiligten Instanzen für wichtig erklärt, *»zumal seit dem*

49 Es handelte sich um (Hellmuth James?) Graf v. Moltke und einen Korvettenkapitän Albrecht. Undatierter Erinnerungsbericht Karl Loewenstein (vor dem 1.6.1956), Exemplar in der Bibliothek des Zentrums für Antisemitismusforschung, Berlin. Zur Nichteinhaltung der Richtlinien anhand der Deportationen nach Riga auch Fleming, »Es ist des Führers Wunsch«, S. 88 f., Anm. 188.

50 Zitiert nach Andreas Seeger, »Gestapo-Müller«: die Karriere eines Schreibtischtäters, Berlin 1996, S. 121.

51 So kann das Schreiben des Rassereferenten im Ostministerium, Dr. Wetzel, an Lohse v. 25.10.1941 (Entwurf, Nürnberger Dokument NO-365) auch in dem Sinn gedeutet werden, daß Lohse auch sogenannte arbeitsunfähige deutsche Juden mit den »Brackschen Hilfsmitteln«, also mit Hilfe von Giftgas, umbringen lassen wollte und das Ostministerium dagegen »keine Bedenken« hatte. Der Sinnbezug ist aber nicht absolut sicher. Für diesen Hinweis danke ich Christoph Dieckmann. Die Echtheit des Schreibens an sich bestätigte Erhard Wetzel in seiner Vern. v. 20.9.1961, StA Hannover 2 Js 499/61, Bd. 2, Bl. 18 ff.

52 Diesen Aspekt haben Aly/Heim, Vordenker, S. 468 f., besonders hervorgehoben. Siehe gleichfalls John A. S. Grenville, Die »Endlösung« und die »Judenmischlinge« im Dritten Reich, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime, Bd. 2: Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986, S. 91-121, hier S. 108; vgl. auch Adam, Judenpolitik, S. 314 ff.; nur in Bezug auf die Deportationen Hilberg, Vernichtung, S. 421.

53 Schlegelberger an Lammers v. 5.4.1942, Betr.: Endlösung der Judenfrage, in: Mendelsohn, The Holocaust, Bd. 18, S. 201.

54 Das Ostministerium war deshalb in die Frage der Definition der deutschen Juden involviert, weil die nach Riga und Minsk deportierten Menschen durch die 11. Verordnung zum »Reichsbürgergesetz« v. 25.11.1941 ausgebürgert worden waren und damit den dortigen Richtlinien unterlagen. Darum war das Problem der (noch nicht zentral geregelten) Definition der Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten (vgl. BA R 6/74) mit dieser Frage verknüpft.- Siehe die 11. Verordnung mit Zusatz v. 3.12.1941 und Vorgeschichte in BA R 43 II/136a. Zur Vierjahresplanbehörde Anlage 1 zum Vermerk Löseners (Reichsinnenministerium) v. 4.12.1941, BA R 18/5519, Bl. 483-85.
Die weiteren Besprechungsteilnehmer waren Unterstaatssekretär Luther (Reichsaußenministerium) und zwei 'Praktiker' des Massenmords aus den besetzten Gebieten: Schöngarth und Lange, Befehlshaber bzw. Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement bzw. in Lettland. Siehe die Biographien in Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 201-245.

15.10.1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert werden«,[55] damit also deutlich auf die Frage Bezug genommen, was mit ihnen weiter geschehen solle. Die Frage der Definition der Opfer nahm auf der Konferenz laut Protokoll breiten Raum ein und führte zu den einzigen Meinungsverschiedenheiten.[56]

Heydrich hatte seine erste Einladung am 29. November verschickt, also kurz bevor die Erschießungen vorläufig ausgesetzt wurden, doch die aus den Deportationen folgenden 'Probleme' und Einsprüche hatten schon vor den Ereignissen in Riga bestanden; sie wurden jetzt nur noch deutlicher. Überdeutlich wurden sie in einem Schreiben des Generalkommissars Kube aus Minsk an seinen Vorgesetzten Lohse in Riga vom 16. Dezember 1941. Kube erklärte darin zwar, die deutschen Juden, »Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen«, seien »doch etwas anderes, als die bodenständigen vertierten Horden«, aber er bat gleichzeitig um eine »dienstliche Anweisung«, sie zu ermorden. »Auf eigene Verantwortung« werde er die Anordnung dazu nicht geben.[57]

Zu den übrigen Besprechungsthemen auf der Wannsee-Konferenz außer der 'Behandlung' und Definition der deutschen Juden hatte das RSHA mit den anderen beteiligten Stellen schon vor der Konferenz weitgehende oder völlige Übereinstimmung erzielt.[58]

Über die Juden, die in der Rüstungsindustrie des Reiches arbeiteten, hatten sich RSHA und Wirtschafts-Rüstungsamt im OKW schon am 23. Oktober 1941 geeinigt, also direkt nach Beginn der Deportationen. Keiner von ihnen sollte, so Eichmanns Zusage, ohne Zustimmung der zuständigen Rüstungsinspektion abtransportiert werden. Dies hatte Heydrich in den Deportationsrichtlinien festgeschrieben und dem Reichsarbeitsminister im Dezember auch schriftlich gegeben.[59] Als Vierjahresplan-Staatssekretär Neumann sich dies während der Konferenz bestätigen lassen wollte, konnte ihm Heydrich deshalb antworten, so werde »ohnedies« bereits verfahren.[60]

---

55 Heydrich an Unterstaatssekretär Luther v. 29.11.1941, zitiert nach dem Faksimile in: Tuchel, Am Großen Wannsee, S.112 f. (Hervorhebung C.G.).

56 Undatiertes Besprechungsprotokoll, Bl. 8 f. und 10-14 (Tuchel, ebd., S. 129-35).

57 Das Schreiben Kubes wird oft im gegenteiligen Sinn interpretiert (vor allem Hilberg, Vernichtung, S. 371 f.). Kube schrieb: »Ich bitte Dich persönlich um eine dienstliche Anweisung für das Verhalten der Zivilverwaltung gegenüber den Juden, die aus Deutschland nach Weißruthenien deportiert worden sind. Unter diesen Juden befinden sich Frontkämpfer [...], Halbarier, ja sogar Dreiviertelarier. [...] Die Juden selbst werden in den nächsten Wochen wahrscheinlich erfrieren oder verhungern. Sie bilden für uns eine ungeheure Seuchengefahr [...]. Auf eigene Verantwortung gebe ich dem SD eine Anweisung über die Behandlung [!] dieser Menschen nicht, obwohl gewisse Formationen der Wehrmacht und der Polizei schon jetzt scharf auf den Besitz der Juden aus dem Reiche sind. [...] Ich bin gewiß hart und bereit, die Judenfrage mit lösen zu helfen, aber Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen, sind doch etwas anderes, als die bodenständigen vertierten Horden. Soll man die Litauer und Letten [...] mit der Abschlachtung beauftragen? Ich könnte es nicht. Ich bitte Dich, mit Rücksicht auf das Ansehen des Reiches und unserer Partei hier eindeutige Anweisungen zu geben, die in der menschlichsten Form das Nötige veranlassen.« Kube an Lohse v. 16.12.1941, Faksimile abgedruckt in: Max Weinreich, Hitler's Professors, New York 1946, S. 153 f.

58 So auch Aly, »Endlösung«, S. 362-67.

59 Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 460; Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Landesarbeitsämter v. 19.12.1941, in: Kurt Pätzold (Hrsg.), Verfolgung - Vertreibung - Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, Frankfurt/M. 1984, S. 326 f.

60 Protokoll Bl. 14 (Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 135).

Weitere Informationsschreiben Bormanns an die Parteidienststellen[61] und des Reichsarbeitsministers an die Landesarbeitsämter bekräftigten im März 1942 diese Linie.[62]

Auch die Aussprache mit Staatssekretär Bühler aus dem Generalgouvernement auf der Wannsee-Konferenz blieb konfliktfrei, entgegen den Erwartungen Eichmanns,[63] der möglicherweise über die neuesten Entwicklungen auf hoher Ebene nicht informiert war. Wir wissen, daß Vertreter des Generalgouvernements gar nicht auf der ersten Einladungsliste für die Besprechung gestanden hatten. Die Vernichtungspolitik im Generalgouvernement gehörte nicht zu den ursprünglichen Themen der Konferenz, ein weiterer Anhaltspunkt dafür, daß die 'Behandlung' der deutschen Juden im Mittelpunkt stehen sollte. Erst auf Klagen des HSSPF Krakau, Friedrich Wilhelm Krüger, Ende November 1941 über Konflikte mit der Zivilverwaltung hin gab Heydrich die Anweisung an Eichmann, auch ihn und Generalgouverneur Hans Frank einzuladen.[64] Über die Frage, ob Krüger tatsächlich eingeladen war, herrscht Uneinigkeit;[65] möglicherweise fehlte er nur wegen eines gebrochenen Arms.[66] In einem Brief vom 17. Januar 1942 erwähnte Krüger jedoch, daß ihn Bühler (der für Frank zur Konferenz nach Berlin fahren sollte) am Tag zuvor besucht habe. Bühler war am Nachmittag des 13. Januar auf eigenen Wunsch von Himmler empfangen worden und zeigte sich gegenüber Krüger »über seinen Empfang im Sonderzug [Himmlers] begeistert«. Himmler hatte am Morgen jenes 13. Januar zunächst den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement, Eberhard Schöngarth, Bericht erstatten lassen.[67] Wir dürfen nach all dem annehmen, daß zwischen Bühler und der SS-Führung[68] bereits vor der Konferenz eine weitgehende Einigung über die

61 Bormann betonte, daß diese Verschonung nur zeitweiligen Charakter habe. NSDAP, Der Leiter der Partei-Kanzlei, Rundschreiben 35/42, Betr.: Einsatz von Juden in Rüstungsbetrieben v. 14.3.1942, BA NS 6/337, Bl. 68 f.

62 »Auf Anfrage« war das Arbeitsministerium offenbar von der Vierjahresplanbehörde über diesen Punkt der Wannsee-Konferenz informiert worden (vgl. den Hinweis auf die »z.Zt. geltenden Richtlinien und inzwischen stattgefundenen Besprechungen«): Der Reichsarbeitsminister Va 5431/1936/42g, Schnellbrief, Betr.: Arbeitseinsatz v. 27.3.1942, an die Landesarbeitsämter, Heydrich und General Thomas (WiRüAmt) [Abschrift], Nürnberger Dokument L-61.

63 Vern. Adolf Eichmann durch seinen Verteidiger v. 26.6.1961, in: Trial of Adolf Eichmann, Bd. IV, Jerusalem 1993, S. 1423.

64 Vermerk Eichmanns v. 1.12.1941, abgedruckt in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 90; Faksimile in: Yehoshua Büchler (Hrsg.), A Preparatory Document for the Wannsee »Conference«, in: Holocaust and Genocide Studies 10 (1995), H. 1, S. 121-27, hier S. 122. Die Schreiben lagen bereits im Prozeß gegen Eichmann in Jerusalem vor und erhielten dort die Nummer T/182. Siehe Eichmanns Äußerung zu dem Vorgang, Vern. v. 23.6.1961, in: Trial of Adolf Eichmann, Bd. IV, S. 1421 f.

65 Im Schreiben Eichmanns an Krüger v. 1.12.1941 fehlte die Einladungsformel (Büchler, Preparatory Document, S. 123 f.). Zur Deutung siehe ebd., S. 126, und Klein, Wannsee-Konferenz, S. 13 f.

66 In einem Brief an Himmler v. 17.1.1942 (BA NS 19/2653, Bl. 50), also drei Tage vor dem Besprechungstermin, erwähnte Krüger, er hätte einen geschienten Oberarm und sprach von »Stunden der zwangsweisen Ruhe«. Andererseits scheint Krüger kurz zuvor, um den 13.1., zu Globocnik nach Lublin gefahren zu sein: Brief SS-Hauptsturmführer Max Schuster an SS-Gruppenführer Berger v. 27.1.1942, BA D-H ZM 1454, A. 1, Bl. 263.

67 Krüger an Himmler v. 17.1.1942, BA NS 19/2653, Bl. 50; vgl. Terminkalender Grothmann (persönlicher Adjutant Himmlers) v. 13.1.1942, BA NS 19/3959, zu Bühlers Ersuchen Telefonnotizen Himmler v. 2.1.1942, BA NS 19/1439.

68 Bühler sprach nach dem Krieg auch von einem Treffen mit Heydrich kurz vor der Wannsee-Konferenz. Über den Inhalt machte er zur Selbstentlastung offensichtlich falsche Angaben. Niederschrift Josef Bühler v. 19.2. und Vern. v. 23.4.1946, in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 131 f. und 135 f.

Ermordung der Juden im Generalgouvernement und die Zuständigkeiten dabei erzielt worden ist.

Zwischen dem Ostministerium und SS- bzw. Polizeidienststellen gab es zwar ständig Reibereien in Fragen der Definition, wer in den besetzten sowjetischen Gebieten als Jude zu gelten habe,[69] hinsichtlich der Zuständigkeit bei der 'Judenpolitik'[70] und des örtlichen Tempos der Vernichtung. Doch im großen und ganzen war man sich in seinem mörderischen Elan einig. Das Ostministerium hatte auch schon grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, dem Plan zuzustimmen, einen großen Teil der europäischen Juden in sein Zuständigkeitsgebiet zu bringen und dort womöglich zu vernichten.[71]

Auch das Auswärtige Amt mußte keineswegs von der Unterstützung einer europäischen 'Endlösung der Judenfrage' überzeugt oder dazu gedrängt werden, im Gegenteil.[72] Es ging mit einem langen Forderungskatalog über neue Judendeportationen und weitere antisemitische Maßnahmen in den europäischen Ländern in die Besprechung.[73] Das Ministerium hatte im November 1941 die Bemühungen des RSHA um die Einbeziehung rumänischer, kroatischer und slowakischer Juden, die im Reich lebten, in die Deportationen unterstützt[74] und war auch führend an der Einleitung des Mordes an den serbischen Juden im Oktober 1941 beteiligt gewesen.[75] Auch in außenpolitisch sensiblen Sonderfällen hatte es nicht gegen antijüdische Maßnahmen, sondern lediglich gegen ihre auffällige Durchführung interveniert: so bei fortgesetzten Morden an insgesamt mehreren hundert jüdischen Geiseln aus den Niederlanden im KZ Buchenwald, die in der internationalen Öffentlichkeit und bei der Schutzmacht der Niederlande, Schweden, Aufsehen erregt hatten. Himmler hatte schließlich eingelenkt und die überlebenden Geiseln Mitte November nach s'Hertogenbosch verlegen lassen.[76] Selbst das waren nur gelegentliche diplomatische Rücksichten, die Ausnahmen, nicht aber die Regel bei der 'Behandlung' der 'Judenfrage' im Außenministerium darstellten. Sich mit ihm abzustimmen – was auch in bilateralen Verhand-

69 Der entsprechende Aktenvorgang findet sich in BA R 6/74.

70 Rosenberg an Lammers v. 8.1. und 25.3.1942 mit Anlagen, BA R 43 II/684a, Bl. 110-13 und 136-47.

71 Rede Rosenbergs v. 18.11.1941, BA NS 8/71, hier Bl. 10 und 18.

72 Hierzu grundlegend Christopher Browning, The Final Solution and the German Foreign Office, New York und London 1975; vgl. Hans-Jürgen Döscher, SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der »Endlösung«, Frankfurt/M. und Berlin 1991.

73 Aufzeichnung des Referats D III für Unterstaatssekretär Luther, »Wünsche und Ideen des Auswärtigen Amts zu der vorgesehenen Gesamtlösung der Judenfrage in Europa« v. 8.12.1941, Faksimile in Döscher, SS und Auswärtiges Amt, S. 222 f. Siehe auch Luthers Denkschrift für Staatssekretär v. Weizsäcker (D III 660g v. 4.12.1941) mit dem Vorschlag, eine gesamteuropäische sogenannte Lösung der Judenfrage anzustreben; Nbg. Dok. NG-4667.

74 Die betreffenden Regierungen hatten sich daraufhin desinteressiert am Schicksal ihrer jüdischen Bürger gezeigt. Siehe rückblickend Vermerk v. 20.4.1943 für Ribbentrop, BA F 72891; Browning, Final Solution, S. 67 f.

75 Ebd., S. 55-67.

76 Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei IV D 4 v. 30.9., 30.10. und 5.12.1941 an Lammers, BA R 43 II/675a, Bl. 107, 114, 117; Browning, Final Solution, S. 69; Seeger, Gestapo-Müller, S. 127. Das Reichsaußenministerium hatte empfohlen, die 'Todesfälle' der Geiseln nicht gehäuft für bestimmte Tage zu melden, die Rückverlegung der Geiseln in die Niederlande deshalb durchgesetzt, weil, wenn sie sich im Heimatland aufhielten, die schwedische Schutzmachtfunktion nicht galt, und betonte: »Grundsätzlich steht das Auswärtige Amt auf demselben Standpunkt wie das Reichssicherheitshauptamt und befürwortet seinerseits die Repressalien-Maßnahmen gegen Juden als Urheber [im Sinne geistiger Urheber von Anschlägen, C.G.].« D III 588g an Müller (RSHA) v. 5.11.1941, Nbg. Dok. NG-3700.

lungen ging –, war für das RSHA sicher nötig, wenn Juden aus weiteren Ländern ermordet werden sollten, aber Widerstand war seitens des Auswärtigen Amts nicht zu erwarten.

Blieb die Frage, wer als 'Jude' gelten sollte. Verschiedene Institutionen hatten sich seit März 1941 bemüht, den 'Judenbegriff' im Reich auszuweiten. Parteikanzlei, RSHA, Rassepolitisches Amt der NSDAP und Vierjahresplanbehörde wollten die sogenannten Mischlinge 1. Grades oder 'Halbjuden' »den Juden gleichstellen«.[77] Im August und September schienen diese Institutionen, nach dem Ausgang mehrerer Sitzungen zu urteilen, aus ihrer Sicht kurz vor dem Durchbruch zu stehen, eine in ganz Europa gültige Definition in diesem Sinn einzuführen,[78] zumal sich auch der Chef der Reichskanzlei, Hans-Heinrich Lammers, auf ihre Seite schlug.[79] Sein Interesse, das der Parteikanzlei, der 'Kanzlei des Führers' (der NSDAP) und des OKW ging auch dahin, die

Tausenden von Anfragen und Petitionen für Ausnahmeregelungen in Einzelfällen, die diese Stellen zu bearbeiten und Hitler vorzulegen hatten, durch eine Neuregelung zu reduzieren.[80] Von den Reichsbehörden hatte sich im wesentlichen nur das Reichsinnenministerium gegen dieses Vorhaben gestellt.[81] Dem entsprach die auf Anordnung angefertigte Vorlage des dortigen Judenreferenten Lösener für seinen Staatssekretär Stuckart zum erst vorgesehenen Termin der Wannsee-Konferenz.[82] Aber auch Hitler und Göring waren offenbar gegen die geplante Schlechterstellung der 'Mischlinge 1. Grades'.[83] Hitlers Auffassung über die Stellung der Juden, die mit nichtjüdischen Deutschen verheiratet waren, besonders der Bestimmungen für eine Zwangsschei-

---

77 Zur Frage der »Mischlinge« grundlegend: Jeremy Noakes, The Development of Nazi Policy towards the German »Mischlinge« 1933-1945, in: Leo Baeck Institute Yearbook 34 (1989), S. 291-354. Ich danke Armin Nolzen, der mich auf diese Veröffentlichung aufmerksam gemacht hat. Siehe ferner Grenville, »Endlösung«; Hilberg, Vernichtung, S. 436-49; Adam, Judenpolitik, S. 316-33.

78 Noakes, Development, S. 338-41; Adam, Judenpolitik, S. 319 f.; Burrin, Hitler, S. 136 f.

79 Noakes, Development, S. 341 f.; Adam, Judenpolitik, S. 320 f.; Vermerke Wetzel und Labs (beide Ostministerium) v. 27.10.1941 und 16.1.1942, BA R 6/74, Bl. 24 f. und 54R. Die positive Wertung der Haltung Lammers' und der Reichskanzlei in der Judenpolitik durch Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1989, S. 434-41, ist danach nicht haltbar.

80 Nach der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz v. 14.11.1935 konnte Hitler Befreiungen von den Vorschriften der Definition von Juden und Mischlingen aussprechen: Adler, Der verwaltete Mensch, S. 280. Zur großen Zahl der Eingaben: Adam, Judenpolitik, S. 301 f., und die Akte BA 62 Ka 1, Nr. 63.

81 Siehe besonders Lösener, Rassereferent, vor allem S. 296 ff. Obwohl diese Nachkriegsdarstellung Elemente der Selbstrechtfertigung enthält, steht sie doch mit den Akten von 1941/42, soweit sie erhalten sind, weitgehend in Übereinstimmung (so auch Noakes, Development, S. 353 f.). Hinsichtlich der Echtheit der teilweise nicht mehr auffindbaren Dokumente, die Lösener zitiert, bleiben allerdings Zweifel.

82 Vermerk Lösener v. 4.12.1941 mit zwei Anlagen, BA R 18/5519, Bl. 477 und 483-95.

83 Noakes, Development, S. 353 f.; Vermerk Lösener v. 18.8.1941 über eine Mitteilung von Kritzinger (Reichskanzlei) und Entwurf eines Schreibens Stuckarts durch Lösener v. 21.8.1941 (hier auch mit der Angabe, Heydrich hatte Bormann angeblich eine gegenteilige Auffassung Hitlers mitgeteilt), Lösener, Rassereferent, S. 304 und 306. Die Version von Adam, Judenpolitik, S. 321 (vgl. S. 330), daß Heydrich auf der Wannsee-Konferenz eine von Hitler gebilligte Position vortrug, ist Spekulation.
Bezüglich der 11. Verordnung hatte Hitler die weitergehenden ersten Entwürfe abgelehnt. Ursprünglich hatten Innen- und Justizministerium angestrebt, den deutschen Juden generell die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen: R 18/5519 und R 43 II/136a, besonders Vermerk Lammers v. 29.5. und Lammers an Frick, Schlegelberger und Bormann v. 7.6.1941, Bl. 122-24R.

dung, ist nicht klar.[84] Ausnahmeregelungen für die bevorzugte Behandlung von Juden in Einzelfällen wollte er dagegen eingeschränkt sehen.[85] Eine offizielle Entscheidung von ihm wurde jedoch offensichtlich nur hinsichtlich der 'Mischlinge 2. Grades' eingeholt; er lehnte es ab, sie schlechter zu stellen.[86] Seine vage überlieferten Äußerungen vom 1. oder 2. Dezember bestätigen diese Tendenzen.[87]

Die Wannsee-Konferenz sollte nun aus Sicht des RSHA den Durchbruch bringen. Mitte Dezember hatte Oberregierungsrat Dr. Walter Labs vom Ostministerium durch den Sachbearbeiter des Reichsinnenministeriums, Dr. Werner Feldscher, folgendes erfahren:

> »Dieser erklärte mir über die voraussichtliche Entwicklung des Judenbegriffs folgendes: SS Obergruppenführer Heyderich [sic] habe mit Genehmigung des Führers vom Reichsmarschall den Auftrag erhalten, Vorbereitungen zu treffen, um nach Abschluß des Krieges eine sofortige und einheitliche Lösung der Judenfrage in Europa durchzuführen. In Durchführung dieses Auftrages habe Heyderich für Anfang Dezember eine Staatssekretärbesprechung der beteiligten Ressorts einberufen, die dann aber wegen der Reichstagssitzung auf den Monat Januar verschoben werden musste. In dieser Sitzung hätte Heyderich die Ansicht des Reichssicherheitshauptamtes über die Ausdehnung des Judenbegriffs auf Mischlinge ersten Grades und die Schlechterstellung der bisherigen Mischlinge 2. Grades besprechen wollen. Das Ergebnis dieser Besprechung wollte Heyderich zur Grundlage seines Vortrages beim Reichsmarschall bezw. Führer und seines Vorschlages auf Abänderung der Nürnberger Gesetze für Deutschland verwenden [sic].«[88]

Noch Mitte August 1941 hatte das Innenministerium die »Federführung in der Judenfrage« für sich beansprucht und dies auch von anderen Reichsbehörden formal bestätigt erhalten.[89] Doch am 24. November bestritt Himmler in einem Gespräch mit Stuckart diese Kompetenz. Himmler notierte dazu: »Judenfrage gehören zu mir

---

84 Nach dem ungezeichneten Vermerk »Ergebnis der Besprechung im Hauptamt Sicherheitspolizei über die Lösung der europäischen Judenfrage« (undatiert; Autor war vermutlich Dr. Feldscher) lehnte Hitler sie ab, BA R 18/5519, Bl. 485; vgl. auch Lammers an Finanzminister Schwerin von Krosigk v. 19.6.1941, BA 7.01, Nr. 4112, Bl. 270.

85 Lammers an Schwerin v. Krosigk v. 17.2.1942 über eine Äußerung Hitlers vom Juli 1941, BA 7.01, Nr. 4112, Bl. 284.

86 Hitler hatte dabei erregt darauf verwiesen, die Entscheidung über diese Frage liege bei ihm. Lammers an Darré v. 10.4.1941, BA R 43 II/598, Bl. 60/R; Noakes, Development, S. 340 (September 1941).

87 Soweit sich das erkennen läßt, äußerte er sich relativ positiv über in sogenannten Mischehen lebende Menschen und »Mischlinge der zweiten, dritten Generation«, sprach positiv über die bestehende Rassengesetzgebung, lehnte dagegen Einzelfallregelungen ab. Jochmann (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier, S. 147-49.

88 Das letzte Wort handschriftlich verbessert aus »dienen«. Vermerk Labs (Vertraulich), handschriftlich datiert auf 16.1.1942, BA R 6/74, Bl. 54 (Hervorhebung C.G.). Labs war Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung im Ostministerium. Dieses Dokument haben Aly/Heim (Vordenker, S. 469) in die Forschung eingebracht.

89 Vermerk Löseners v. 17.8. mit Vermerk des Leitenden Staatssekretärs Pfundtner v. 20.8.1941 und der Notiz: »Diesem Vermerk hat der Herr Minister zugestimmt«, BA R 18/3746a, abgedruckt in: Lösener, Rassereferent, S. 303; Vermerk Löseners über eine Sitzung im Propagandaministerium v. 15.8.1941, in: ebd., S. 301 (Äußerungen der Vierjahresplanbehörde und des Propagandaministeriums).

[sic]«.[90] Inhalt und Verlauf dieses Gesprächs sind nicht eindeutig festzustellen, vor allem nicht, ob Himmler seine Zuständigkeit nur beanspruchte oder ob Stuckart sie auch anerkannte. Am 21. Dezember erklärte Stuckart indessen, dem Innenministerium sei »die Führung in der Judenfrage immer mehr entglitten«. Gegen Massenexekutionen an deutschen Juden wie in Riga wollte oder konnte er nichts mehr unternehmen.[91]

In der Zwischenzeit hatte sich Schwerwiegendes ereignet. Die Verhandlungen zwischen den zentralen Stellen des Reiches wurden Anfang Dezember 1941 von der Bekanntgabe einer politischen Grundsatzentscheidung Hitlers überlagert. Die neue Wendung führte dazu, daß die Wannsee-Konferenz unter anderen Voraussetzungen stattfinden sollte als jenen, unter denen Heydrich sie ursprünglich einberufen hatte.

3. Hitlers Bekanntgabe der Entscheidung, alle europäischen Juden zu ermorden

Am Nachmittag des 18. Dezember 1941 trafen Hitler und Himmler aufeinander. Himmler notierte als ersten Besprechungspunkt: »Judenfrage. I als Partisanen auszurotten.«[92] Was sich Himmler hinter dem senkrechten Strich aufschrieb, bezeichnete ohne Zweifel das Ergebnis der Unterredung. Aber was war damit gemeint? Das Wort »Partisanen« scheint zunächst auf die Sowjetunion hinzudeuten. Doch der Mord an allen sowjetischen Juden war längst beschlossene Sache und in vollem Gange. Andererseits gab es zu jener Zeit in nennenswerter Zahl gar keine jüdischen Partisanen in den besetzten sowjetischen Gebieten. Das deutet darauf hin, daß die Notiz einen anderen Sinn hatte; es ging in jedem Fall um imaginäre »Partisanen«, die angebliche 'jüdische Bedrohung'. Vor allem hatte Himmler das Besprechungsthema nicht mit 'Juden im Osten' oder 'Sowjetjuden' angegeben, sondern umfassend: »Judenfrage«. Aus sich selbst heraus ist diese Stelle also nicht eindeutig zu interpretieren, es deutet aber einiges auf einen globalen Sinn der Aussage Hitlers hin, die in ihrer sprachlichen Form nicht anders denn als Weisung zu verstehen ist.

Himmlers Vermerk kann mit einer Reihe anderer Dokumente im Zusammenhang gesehen werden, die diesen Sinn beleuchten. Dazu gehört ein Brief Viktor Bracks, des Verantwortlichen für die Durchführung der »Euthanasie-Aktion«, vom 23. Juni 1942. Darin erklärte er, er habe nunmehr Globocnik[93] zum zweiten Mal Personal für die Vernichtungslager der von ihm geleiteten »Aktion Reinhard« – Tarnname für die Ermordung der Juden des Generalgouvernements in Belzec, Sobibor, Treblinka und Majdanek – zur Verfügung gestellt:

---

90 Besprechungszettel Himmler für 24.11.1941, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 360.

91 Lösener, Rassereferent, S. 311.

92 Besprechungszettel »Führerbesprechung Wolfsschanze 18. XII. 41 16 h. Führer«, Terminkalender Himmler, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 334. Eine kommentierte Veröffentlichung dieser Quelle ist in Vorbereitung. Den kenntnisreichen Diskussionen in der Editionsgruppe verdanke ich tiefere Einsichten in die Strukturen des Entscheidungsprozesses, der zur Ermordung der europäischen Juden führte.

93 Odilo Globocnik war 1939-43 SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin des Generalgouvernements.

»Bei dieser Gelegenheit vertrat Brigadeführer Globocnik die Auffassung, die ganze Judenaktion so schnell wie nur irgend möglich durchzuführen, damit man nicht eines Tages mitten drin steckenbliebe, wenn irgendwelche Schwierigkeiten ein Abstoppen der Aktion notwendig machen. *Sie selbst, Reichsführer, haben mir gegenüber seinerzeit schon die Meinung geäußert, daß man schon aus Gründen der Tarnung so schnell wie möglich arbeiten müsse.*«[94]

In diesem Brief bezog sich Brack erkennbar auf die Ermordung aller europäischen Juden – er erklärte, von »ca. 10 Millionen europäischen Juden« solle man »2 - 3 Millionen« besser »erhalten« als umbringen, um sie als Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft zu verwenden –, und auch seine zitierten Äußerungen bezogen sich darauf. Brack sprach hier offensichtlich nicht von einem Schreiben Himmlers, sondern meinte eine mündliche Unterredung, die schon länger zurücklag (»seinerzeit«). Nach Himmlers Terminkalender für 1941 und 1942 und dem Terminkalender seines persönlichen Adjutanten Grothmann für 1942 hatte das letzte Treffen zwischen Himmler und Brack vor diesem Brief am 14. Dezember 1941 stattgefunden. Themen: »[...] Kurs im Ostminist[erium]« und »Euthanasie«.[95] Alles zusammengenommen ist es wahrscheinlich, daß Himmler mit Brack an diesem Tag über die Vernichtung aller europäischen Juden gesprochen hat.

Hinzu kommt, daß Bracks Vorgesetzter Philipp Bouhler, der Chef der 'Kanzlei des Führers', am 13. Dezember 1941 zusammen mit Rosenberg und v. Ribbentrop und am 14. Dezember mit Himmler und Rosenberg bei Hitler war.[96] Die Häufung dieser Treffen ist frappant. Brack stellte seinem zitierten Brief zufolge auf Bouhlers Anweisung Globocnik Personal für die Vernichtungslager zur Verfügung; nach dem Krieg sagte er aus, dies sei nach einer Besprechung zwischen Himmler und Bouhler geschehen.[97] Diesen Ablauf und Bouhlers Verantwortlichkeit bestätigt ein Schreiben Bouhlers vom Juli 1942, in dem er festhielt, daß »ich einen großen Teil der mir unterstehenden Organisationen dem Reichsführer zu einer bis *in die letzte Konsequenz gehenden* Lösung der Judenfrage zur Verfügung gestellt habe.«[98] Darüber, wann die erste Gruppe von Personal der 'Kanzlei des Führers' in Belzec eintraf – ob im November oder im Dezember 1941 – gibt es unterschiedliche Auffassungen.[99] Möglicherweise führten erst die hier angeführten Besprechungen kurzfristig zu dieser Per-

94 Brack an Himmler v. 23.6.1942, BA NS 19/1583, Bl. 34 (Hervorhebung C.G.).

95 Vgl. Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, besonders Bl. 341 (das erste, kurze oder nur angefangene Wort ist unleserlich); Terminkalender Grothmann, BA NS 19/3959. Auch die Schreiben zwischen Brack und Himmler, soweit sie erhalten sind, weisen auf keinen anderen Termin in der Zwischenzeit hin.

96 Jochmann (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier, S. 150 und 152.

97 Brack an Himmler v. 23.6.1942, BA NS 19/1583, Bl. 34; eidesstattl. Erkl. Viktor Brack v. 12.10.1946, Nbg. Dok. NO-426.

98 Bouhler an Bormann v. 10.7.1942, BA 62 Ka 1, Nr. 83, Bl. 109 (Hervorhebung C.G.).

99 Laut Arad, Belzec, Sobibor, Treblinka, S. 17, zwischen Ende Oktober und Ende Dezember 1941; noch später laut Michael Tregenza, Belzec Death Camp, in: Wiener Library Bulletin 30 (1977), S. 8-25, hier S. 14-16. Laut Eugen Kogon u.a., Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas, Frankfurt/M. 1983, S. 153 f., wurde der von der Kanzlei des Führers abgeordnete Christian Wirth in der zweiten Dezemberhälfte Kommandant von Belzec. Er kam an, als bereits Schnee lag. Nach Pohl, Lublin, S. 105 (vgl. S. 101) kam das Personal der Kanzlei des Führers im November 1941, doch beruft er sich irrtümlich auf Tregenza und Kogon u.a. Lediglich Josef Oberhauser und zwei weitere Personen wurden schon im September 1941 entsandt, vermutlich aber für andere Aufgaben.

sonalentsendung. Denkbar ist aber ebensogut, daß Bouhler, Rosenberg und Himmler Hitler hier über die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Ermordung der Juden mit Giftgas informierten, d.h. über die Morde in Gaswagen auf sowjetischem Gebiet, in Chelmno und über den Stand der Vorbereitungen in Belzec. Zumindest blieben diese Treffen wohl kaum ohne Einfluß auf den Gang der 'Endlösung'. Möglicherweise führten sie auch zur sofortigen Entsendung von 'Experten' an die geplanten Vernichtungsorte, um die Tötungstechniken zu inspizieren.[100]

Was diese auffällige Häufung von Besprechungen ausgelöst hatte, zeigt am prägnantesten ein Vermerk Rosenbergs vom 16. Dezember 1941 über ein Treffen mit Hitler zwei Tage zuvor. Rosenberg legte Hitler ein Redemanuskript zur Genehmigung vor. Hitler »meinte, die Rede sei ja vor der Kriegserklärung Japans erfolgt [d.h. geschrieben, C.G.], also unter anderen Voraussetzungen«. Weiter vermerkte Rosenberg:

> »Über die Judenfrage sagte ich, dass die Anmerkungen über die New Yorker Juden vielleicht *jetzt nach der Entscheidung* etwas geändert werden müssten. Ich stände auf dem Standpunkt, von der Ausrottung des Judentums nicht zu sprechen. Der Führer bejahte diese Haltung und sagte, sie hätten uns den Krieg aufgebürdet und sie hätten die Zerstörung gebracht, es sei kein Wunder, wenn die Folgen sie zuerst träfen.«[101]

Mit »der Entscheidung« meinte Rosenberg nicht den Kriegseintritt der USA, denn es gab keinen ersichtlichen Grund, in Verbindung damit antijüdische Drohungen zu unterlassen.[102] Auch Hitlers Reaktion zeigt dies eindeutig: er wiederholte seine Legitimation der Entscheidung, daß die Juden vernichtet werden sollten. Der Bezug auf den Kriegseintritt Japans und der USA belegt, daß nach Auffassung von Rosenberg die Entscheidung zur »Ausrottung des Judentums« in Europa zwischen dem 7. und 14. Dezember 1941 gefallen war. Diese Folgerungen ergeben sich meines Erachtens zwingend.[103]

Hitler hatte bekanntlich in seiner berüchtigten Rede vom 30. Januar 1939 vor dem Reichstag erklärt:

---

100 Dazu zählte Eichmann, den Heydrich möglicherweise zu diesem Zeitpunkt nach Belzec entsandte (s. Anm. 136), und der für Gaswagen zuständige Techniker Becker, der am 14.12.1941 auf dem Weg zu einer Inspektion in Riga in Deutsch-Eylau (Ostpreußen) verunglückt sein will. Möglicherweise irrte sich Becker um wenige Tage. Er nahm Bezug auf eine kurz vorhergegangene Besprechung zwischen Himmler und Brack. Siehe Vern. August Becker v. 26.3.1960, in: Ernst Klee/Willi Dreßen/Volker Rieß (Hrsg.), »Schöne Zeiten«. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, 2. Auflage. Frankfurt/M. 1988, S. 71. Sollte diese Interpretation zutreffen, wäre dies ein weiteres Indiz dafür, daß das RSHA sich über die regionalen Planungen zum Völkermord erst orientieren mußte.

101 Vermerk über Unterredung beim Führer am 14.12.1941, gez. Rosenberg v. 16.12.1941, BDC, SL 47F (Kopie), gedruckt als Nürnberger Dokument PS-1517 in: IMT, Bd. 27, S. 270 (Hervorhebung C.G.).
Auf dieses Dokument verweist auch Hartog, Befehl zum Judenmord, S.71, und kombiniert es im wesentlichen mit Franks Rede in Krakau am 16.12.1941 (s.u.) und Hitlers Ankündigung v. 30.1.1939, die europäischen Juden würden vernichtet, wenn es zum Weltkrieg komme.

102 Dies behauptete Rosenberg in seiner Vern. v. 17.4.1946, IMT, Bd. 11, S. 606-08, ohne erklären zu können, warum dann eine solche Drohung gegen die Juden nicht mehr ausgesprochen werden sollte. Die Passage »jetzt nach der Entscheidung« wurde vom Gericht nicht thematisiert, da es von einem wesentlich früheren Entscheidungszeitpunkt ausging.

103 Das Manuskript der Rede liegt vor. Darin drohte Rosenberg den »New Yorker Juden« wegen der

»Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen *Weltkrieg* zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.«[104]

Erst mit der Kriegserklärung Hitlers an die USA im Reichstag am 11. Dezember 1941 war der Krieg für Deutschland zum Weltkrieg geworden und damit jene Situation eingetreten, die er 1939 beschworen hatte.[105] Und folgerichtig - im Rahmen seiner antisemitischen Weltsicht folgerichtig – verkündete Hitler nunmehr den Beschluß, alle europäischen Juden zu ermorden. Das tat er noch nicht in seiner Reichstagsrede am 11. Dezember, die vom Rundfunk übertragen wurde. Hier sprach er nur davon, daß hinter Roosevelt jüdische Kriegstreiber stünden.[106] Doch am folgenden Nachmittag, dem 12. Dezember 1941, fand eine Tagung der Reichs- und Gauleiter der NSDAP statt.[107] Hier erklärte Hitler nach den Aufzeichnungen von Goebbels:

»Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen, reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, daß, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei ihre Vernichtung erleben würden. Das ist keine Phrase gewesen. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muß die notwendige Folge sein. Diese Frage ist ohne jede Sentimentalität zu betrachten. Wir sind nicht dazu da, Mitleid mit den Juden, sondern nur Mitleid mit unserem deutschen Volk zu haben. Wenn das deutsche Volk jetzt wieder im Ostfeldzug an die 160.000 Tote geopfert hat, so werden die Urheber dieses blutigen Konflikts dafür mit ihrem Leben bezahlen müssen.«[108]

---

angeblichen jüdischen »Welthetze gegen Deutschland, gefolgt von der militärischen Einkreisungspolitik« von deutscher Seite mit einer »entsprechende[n] Konsequenz gegenüber den Juden im Osten«. »Denn in dem heute von deutschen Truppen besetzten Osten leben über 6 Millionen Juden. Dieses Ostjudentum ist, namentlich seit 100 Jahren, der Quell der jüdischen Kraft in der ganzen Welt geworden.« Rosenberg sprach von der »Vernichtung jener Quellen, aus denen auch die New Yorker Juden ihre Kräfte gezogen haben« und von der »negativen Ausschaltung dieser parasitären Kräfte«. Vgl. Die grosse Stunde des Ostens, Rede von Reichsleiter Rosenberg im Sportpalast am 18. Dezember 1941, BA R 6/37, Bl. 31 ff., hier Bl. 47-49.
Es ist unklar, ob Rosenberg die Rede später tatsächlich gehalten hat. Rosenberg selbst bestritt dies später. Siehe Vern. Alfred Rosenberg v. 17.4.1946, IMT, Bd. 11, S. 606. Das Redemanuskript trägt den handschriftlichen Vermerk »Vertraulich!« Aus ihm geht wegen mehrerer unklarer Formulierungen nicht eindeutig hervor, ob es die ursprüngliche oder eine korrigierte Fassung darstellt, die nach dem Kriegseintritt der USA entstanden sein könnte. Noch am 17.12.1941 ging man jedoch bei einer Konferenz im Propagandaministerium davon aus, Rosenberg werde die Rede am folgenden Tag halten. Das OKW wollte allerdings noch während des 17.12. Einspruch gegen einzelne Passagen der Rede erheben. Gesandter Krümmer, Aufzeichnung (Streng geheim! Eigenhändig!) v. 17.12.1941, Nbg. Dok. NG-3305.

104 Hitlers Rede in der Sitzung v. 30.1.1939, in: Verhandlungen des Reichstages, 4. Wahlperiode 1939, Bd. 460. Stenographische Berichte 1939-1942. Fotomechanischer Nachdruck Bad Feilenbach 1986, S. 16 (Hervorhebung C.G.).

105 So auch Göring in der Reichstagssitzung v. 11.12.1941, ebd., S. 106.

106 Ebd., S. 93-106. Die Rede sollte per Rundfunk auch live im Ausland übertragen werden: Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II, Band 2, München u.a. 1996, S. 476 (11.12.1941).

107 Die Einladung stammte vom 9.12.1941. Die Tagung war erst für den 10.12. angesetzt und wurde noch am 9. auf den 11.12. verschoben. Vgl. zwei Fernschreiben der Parteikanzlei der NSDAP v. 9.12.1941 (Bormann von 10:45 Uhr und Friedrichs von 15:45 Uhr), BA NS 8/186. Für diesen Hinweis danke ich Armin Nolzen.

108 Goebbels, Tagebücher, Teil II, Band 2, S. 498 f. (Eintrag unter dem 13.12.1941).

Hitler kam zwar auch bei anderer Gelegenheit auf seine berüchtigte »Prophezeiung« zurück, vor und nach dem Dezember 1941, doch nie zuvor so klar, eindeutig und fast trocken, wie ihn Goebbels hier wiedergab.[109] Vor allem hatte er nun vom Beginn der totalen Vernichtung gesprochen und diese Äußerungen vor einem anderen Zuhörerkreis als sonst gemacht. Anwesend war die Spitze der Partei, darunter, da Präsenzpflicht bestand, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Himmler, Bormann, Rosenberg, Hans Frank, Greiser, Bracht und Sauckel (Gauleiter im Warthegau, in Oberschlesien bzw. Thüringen), Lohse und Erich Koch (Reichskommissare für das Ostland bzw. die Ukraine), Alfred Meyer, Goebbels und Bouhler,[110] also entscheidende politische Figuren für die Ermordung der europäischen Juden und damit gleichzeitig die Chefs der Verwaltung aller Gebiete, in denen schon bis dahin und später die Zentren der Judenvernichtung lagen. Zwei weitere entscheidende Politiker fehlten: Hermann Göring und Reinhard Heydrich, die keine entsprechenden Parteifunktionen hatten, um an dem Treffen teilnehmen zu können.[111] Das kann als Sinnbild dafür verstanden werden, wie stark Hitler an dieser Stelle in die Planung des Völkermords eingriff: der Auftraggeber und der Beauftragte für die Ausarbeitung eines Entwurfs zur »Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa«[112] waren bei der offiziellen Mitteilung nicht dabei.

In der Begründung Hitlers für seine Entscheidung gab es, soweit erkennbar, mehrere Elemente, die eng ineinander verwoben waren. Das erste war Vergeltung für die angeblichen antideutschen Aktivitäten des »Weltjudentums« und die angebliche Schuld der Juden am Weltkrieg, zurückgreifend auf seine »Prophezeiung« von 1939. Er hatte sie in der Zwischenzeit mehrfach – auch öffentlich – wiederholt und damit ihren Stellenwert betont. In seinem Nationalismus erschienen Hitler jegliche deutschen Herrschaftsansprüche berechtigt, und in seinem Antisemitismus beruhten jegliche Widerstände dagegen auf einer jüdischen Verschwörung. Insofern erfüllte sich

---

109 Breitman, Architect, S. 155 (30.1.1941); Broszat, Hitler, S. 749 f (18.8.1941); Jochmann (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier, S. 106 (25.10.1941); Adam, Judenpolitik, S. 316 (30.1.1942); deutlich in der Rede v. 24.2.1942 (auszugsweise abgedruckt in: Pätzold, Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung, S. 345 f.). – Das gleiche gilt für einen öfters angeführten Artikel Goebbels' in »Das Reich« v. 16.11.1941, Auszug in: ebd., S. 315 f. Vgl. auch einen Artikel im »Völkischen Beobachter«, Münchener Ausgabe, v. 12.11.1941 unter Bezug auf Hitlers Rede am 9.11. (BA NS 22/567, Bl.1).

110 Rosenberg und Frank waren Reichsleiter, Lohse und Koch Gauleiter in Schleswig-Holstein bzw. Ostpreußen, Goebbels in Berlin, Meyer in Westfalen. Für Greiser, Frank und Lohse ist nachgewiesen, daß sie sich im Reich bzw. in Berlin aufhielten (auf Himmler, Rosenberg und Bouhler wurde schon eingegangen, siehe auch Terminkalender Himmler v. 12.12.1941, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 343); ferner Schlegelberger an Greiser v. 15.12.1941, BA R 22/850, Bl. 215R-216 (Schlegelberger rief Greiser am 10.12. in Berlin an); Lohse laut Terminkalender Göring v. 8.12.1941 (für diesen Hinweis danke ich Christoph Dieckmann), IfZ 180/5; Werner Präg/Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945, S. 449.
Wilhelm Kube durfte zwar noch den Titel eines Gauleiters führen, war aber als solcher nicht mehr aktiv und deshalb nicht zu den Reichs- und Gauleitertagungen eingeladen. Für diese Information danke ich Armin Nolzen. Darum war Kube zum Zeitpunkt seines oben zitierten Schreibens v. 16.12.1941 noch nicht informiert.

111 Göring hatte gleichzeitig eine Besprechung mit Keitel und dem Chef des Heeresverwaltungsamts, General Osterkamp, auf seinem Landsitz Carinhall. Terminkalender Göring v. 12.12.1941, IfZ ED 180/5; Göring hatte aber am 9.12. ausführlich mit Hitler gesprochen (ebd.).

112 Görings Auftrag an Heydrich v. 31.7.1941, in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 79.

seine »Prophezeiung« zwangsläufig selbst. Zweitens bot ihm der Kriegseintritt der USA den willkommenen Vorwand, eine Entscheidung bekanntzugeben, die er und andere vermutlich ohnehin ins Auge gefaßt hatten. Drittens dürfte der Umstand eine Rolle gespielt haben, daß die europäischen Juden nunmehr für die deutsche Führung ihre Funktion als Geiseln verloren hatten, die die USA vom offenen Kriegseintritt abhalten konnten.[113] Doch seine Begründung hatte noch in einer anderen Beziehung mit der allgemeinen Kriegssituation zu tun. Aus ihr sprach viertens eine Art kontinentaleuropäische Festungsmentalität. Die Aussicht einer zweiten Front, verbunden mit der militärischen Niederlage vor Moskau, hatte für die deutsche Führung eine sehr ernste Situation geschaffen.[114] Angesichts der zugespitzten Lage erschienen Hitler die Juden als Gegner, »Partisanen«, Saboteure oder Spione im eigenen Hinterland, das nunmehr, bei einem erwarteten Angriff der USA, aus ganz Europa bestand. Das war der Sinn von Hitlers Äußerung gegenüber Himmler am 18. Dezember 1941 – »als Partisanen auszurotten«.[115] Heydrichs Sicht auf die weltpolitische Situation war ganz ähnlich. Das zeigte sich deutlich in seiner Rede vom 17. Dezember, in der er sagte, nach Hitlers Reichstagsrede und dem japanischen Angriff auf die USA stehe man vor »völlig klaren Verhältnissen in der Welt. [...] Der Welt des Judentums, des Bolschewismus, des skrupellosen Profits, des Egoismus steht ein einiges Europa gegenüber.«[116] Rosenberg sah die Juden genauso als Aufwiegler,[117] und Himmler benutzte Ende 1943 das gleiche 'Argument', als er sagte, Bombenkrieg, Partisanenkampf und eine näherrückende Front hätten einen Zusammenbruch des deutschen Widerstands zur Folge haben können, wenn die Juden als Unsicherheitsfaktor noch existiert hätten und die Deutschen sie nicht schon ermordet hätten.[118] Indem er die Juden »entfernte«, so Hitler selbst am 26. Mai 1944, habe er »die Möglichkeit einer revolutionären Kernbildung oder Keimzellenbildung beseitigt.«[119]

113 Diesen Aspekt betont Hartog, Befehl zum Judenmord, besonders S. 11 ff. und 75 ff.

114 Angesichts des Zeitpunkts wie des gesamten Begründungszusammenhangs erscheint die These, Hitler habe die Entscheidung zum Mord an den europäischen Juden aus Allmachtsgefühlen und Siegeseuphorie heraus gefällt, nicht haltbar. Am deutlichsten vertritt sie Christopher Browning, The Euphoria of Victory and the Final Solution: Summer - Fall 1941, in: German Studies Review 17 (1994), H. 3, S. 473-81; siehe auch Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941. Frankfurt/M. 1965, S. 524 f.

115 Wie Anm. 92. Himmler notierte sich das augenscheinlich, weil er dies für das wichtigste Ergebnis der Besprechung hielt, und Hitler wiederholte sich bei seinen Rechtfertigungen ja häufig - siehe auch sein Gespräch mit Goebbels am Vortag (Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 2, S. 533 f, unter dem 18.12.1941). Tatsächlich dürfte es bei dem Treffen um - unbekannte - konkrete Absprachen zur Durchführung des Judenmords gegangen sein.

116 Reinhard Heydrich, Die Wirtschaft als massgeblicher Faktor der staatlichen und politischen Neuordnung Böhmens und Mährens im Reich, in: Tagung der Südosteuropa-Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft der Wirtschaft in Böhmen und Mähren, Berlin, Prag, Wien 1942, S. 11 (BA R 63/279). Zur Datierung Heydrichs Bericht an Bormann v. 30.12.1941, in: Miroslav Karny u.a. (Hrsg.), Deutsche Politik im »Protektorat Böhmen und Mähren« unter Reinhard Heydrich 1941-1942, Berlin 1997, S. 205.

117 Am gleichen Tag sandte Rosenberg Hitler einen Brief mit dem Vorschlag, in Frankreich Geiseln aus der jüdischen Führungsschicht erschießen zu lassen, da das Weltjudentum hinter Attentaten und der Aufstachelung französischer Kommunisten stehe (Rosenberg an Hitler v. 18.12.1941, in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 96 f.). Hitler reagierte auf sein Schreiben zumindest teilweise positiv (Lammers an Rosenberg v. 31.12.1941, BA R 43 II/1444, Bl. 56).

118 Rede Himmlers auf der SS-Gruppenführertagung v. 4.10.1943, IMT, Bd. 29, S. 145 f; siehe Bradley F. Smith/Agnes F. Peterson (Hrsg.), Heinrich Himmler. Geheimreden 1933-1945, Frankfurt/M. u.a. 1974, S. 169 und S. 200-205.

119 Zitiert nach Broszat, Hitler, S. 759.

Auch der Rahmen, in dem Hitler seine Entscheidung verkündete, sagt viel aus. Er tat dies nicht im Verborgenen, informell in einem Vier-Augen-Gespräch mit Himmler oder im engsten Kreis mit Göring, Heydrich oder Bormann.[120] Vielmehr gab er sie vor einem offiziellen Gremium bekannt, und seine Zuhörerschaft bestand aus rund 50 Personen. Es waren keine staatlichen Funktionäre – jedenfalls kamen sie nicht als solche –, sondern seine engsten, langjährigen politischen Mitarbeiter. Die Judenvernichtung war für ihn, so die Botschaft, zuerst eine Sache der Partei. Deren hervorstechende Rolle gerade bei der Vernichtung der deutschen Juden sollte auch die spätere Entwicklung zeigen.[121] Mehrere Anwesende hatten ihn schon in der Vergangenheit zu schärferen antijüdischen Maßnahmen gedrängt, so die Gauleiter Joseph Goebbels, Karl Kaufmann und wohl ebenfalls Baldur v. Schirach bei der Entscheidung über die Deportation der deutschen Juden[122] und Martin Mutschmann sogar – möglicherweise gerade im Herbst 1941 – mit dem Ziel, sie zu ermorden.[123] Der Gauleiter Röver etwa unterzeichnete die Deportationsweisung für jeden jüdischen Bürger aus Bremen persönlich,[124] und Lohse hatte, wie erwähnt, zwei Wochen vorher selbst eine Exekution besichtigt. Hier mußte niemand überredet werden. Der Form nach handelte es sich auch nicht um einen Befehl, sondern eben um die Bekanntgabe einer Entscheidung. Und noch eins gehörte zum Rahmen: normalerweise fanden die Reichs- und Gauleitertagungen in offiziellen Räumen der Neuen Reichskanzlei oder in Gebäuden der Partei statt. Doch so offiziell der Anlaß war, so privat war diesmal der Ort - Hitlers Wohnung.[125]

Vor dem beschriebenen Zuhörerkreis wirkte Hitlers zitierte Redepassage wie eine Anweisung. Das zeigen außer dem erwähnten Rosenberg-Vermerk noch andere Dokumente. Am 18. Dezember 1941 schrieb der Abteilungsleiter Allgemeine Politik im Ostministerium, Dr. Otto Bräutigam, an Lohse zur Frage, ob bei Judenerschießungen Arbeitskräfte verschont werden sollten:

---

120 Dies vermutet noch Hartog, Befehl zum Judenmord, S. 65. Daß ein oder mehrere Gespräche zu diesem Thema vorausgingen, ist zwar nicht auszuschließen, und das Gegenteil wird sich schwer beweisen lassen (siehe auch Anm. 135). Doch wenn es zutreffen sollte, daß Heydrich von der Bekanntgabe der Entscheidung erst durch Himmler erfuhr, ist diese Variante wenig wahrscheinlich.

121 Siehe auch Abschnitt 5. Außerdem ist auf die wichtige Rolle der »Kanzlei des Führers« bei der »Aktion Reinhard« zu verweisen und darauf, daß deren Leiter, der SS- und Polizeiführer Lublin Globocnik, ein ehemaliger stellvertretender Gauleiter war.

122 Vgl. Witte, Zwei Entscheidungen, S. 39 ff.; Frank Bajohr, Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: VfZ 43 (1995), S. 267-95, besonders S. 291 f.

123 Der Reichsstatthalter in Sachsen (gez. Mutschmann) an Himmler v. 25.7.1944, BA NS 19/1872, Bl. 1 f. Mutschmann hatte nach seinen Angaben damals das schon ausgeführte 'Argument' benutzt, die Juden würden zu Partisanen werden und Unruhe hinter der Front schaffen, was darauf hindeutet, daß er seinen Vorschlag zwischen Juni und Dezember 1941 machte. Denn vor dem Juni 1941 spielte dieses Argument keine Rolle, und nach dem 12.12.1941 wäre der Vorschlag überflüssig gewesen. Im Februar 1940 hatte Mutschmann schon die Einführung eines Kennzeichens für Juden verlangt: Lösener, Rassereferent, S. 302.

124 Günther Rodenburg, Die letzten 26 Tage in Bremen, in: ders./Andreas Röpcke (Hrsg.), Es geht tatsächlich nach Minsk, Bremen 1992, S. 7-20, hier S. 9.

125 Siehe Terminkalender Himmler v. 12.12.1941, wie Anm. 110. Gemeint waren Hitlers Privatgemächer in der Reichskanzlei, die normalerweise nicht für solche offiziellen Treffen benutzt wurden. – Hitler teilte also seine Entscheidung zwölf Tage nach dem Tag mit, an dem er laut David Irving die Judenvernichtung endgültig gestoppt hatte.

»In der Judenfrage dürfte inzwischen *durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen* sein. Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben. Im übrigen wird gebeten, auftauchende Fragen unmittelbar mit dem höheren [sic] SS- und Polizeiführer zu regeln.«[126]

Bräutigam kannte also die durch Hitlers Rede am 12. Dezember entstandene neue politische Situation, obwohl er über den genauen Ablauf der Geschehnisse auf höchster Ebene sehr wahrscheinlich nicht informiert war – ein Indiz dafür, daß die Vorgänge auf der vorangegangenen Reichs- und Gauleitertagung streng geheim blieben.[127] Auch Lohse erwähnte später, Hitlers Rede vor den Reichs- und Gauleitern sei vertraulich gewesen.[128] Die von Bräutigam angegebene Anordnung des Ministeriums bedeutete im übrigen nicht, daß alle Juden sofort getötet werden sollten; die Anordnung des Ministeriums gab 'nur' die grundsätzliche Linie an.[129]

Am 16. Dezember hielt Hans Frank auf einer Sitzung der Regierung des Generalgouvernements eine berüchtigte Rede, in der er mehrmals deutlich auf Hitlers Bekanntgabe der Entscheidung vom 12. Dezember anspielte:

»Mit den Juden – das will ich Ihnen auch ganz offen sagen – muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: wenn es der vereinten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, [...] dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben. [...] Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst [...] auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volke haben, sonst mit niemandem auf der Welt. [...] Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judensippschaft in Europa den Krieg überleben würde, [...] dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen mit dem Zwecke angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen.

126 Bräutigam an Lohse v. 18.12.1941, Abdruck im Faksimile in: Weinreich, Hitler's Professors, S. 156 (Hervorhebung C.G.).

127 Laut seiner Vernehmung als Beschuldigter v. 19.11.1948, StA Nürnberg-Fürth 72 Ks 3/50a-b, Bd. 1, Bl. 53R (im Bayerischen Staatsarchiv Nürnberg) ging Bräutigam von Besprechungen Rosenbergs oder Alfred Meyers mit Lohse aus. Sein Vorgesetzter Leibbrandt (Vern. v. 7.10.1948, ebd., Bl. 42R) sprach von einem Treffen Rosenberg-Lohse, das einem Gespräch Rosenbergs mit Hitler gefolgt sei. Beide hätten sich, wenn sie den genauen Ablauf gekannt hätten, unter Hinweis auf die Geschehnisse bei der Reichs- und Gauleitertagung in diesem entscheidenden Punkt des Verfahrens zweifellos damit zu entlasten versucht, sie hätten auf einen unmittelbar zuvor erfolgten 'Befehl' Hitlers handeln müssen.

128 Lohse sprach in seinem Brief an Rosenberg v. 5.2.1942 (BA-MA FPF-01/7865, Bl. 790) von einer »vertraulichen Rede vor den Reichs- und Gauleitern«, die Hitler kürzlich gehalten habe und die nach der weiteren Beschreibung zu Goebbels Notaten paßt.

129 Sonst wären weitere Verhandlungen der Behörden im besetzten Gebiet mit den Höheren SS- und Polizeiführern in dieser Sache sinnlos gewesen. Die Morde an den Juden im Reichskommissariat Ostland wurden Mitte Dezember 1941 für Monate gestoppt und im Baltikum in größerem Ausmaß erst 1943 wieder aufgenommen.

Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man uns diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! [...] Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. [...] Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden Maßnahmen. [...] Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.«[130]

Frank bezog sich damit auf Hitlers sogenannte Prophezeiung und vor allem auf seine Worte über das »Mitleid« vom 12. Dezember. Er kehrte den Parteimann heraus – Hitler hatte seine Rede auf einer Parteiveranstaltung gehalten. Seine Ausdrucksweise deutet allerdings ebenfalls darauf hin, daß er geheimzuhalten hatte, was genau auf der Reichs- und Gauleitertagung passiert war. Dann erwähnte Frank Verhandlungen mit dem Ostministerium und einen noch im Werden befindlichen zentralen Plan zur Judenvernichtung, in dessen Rahmen auch im Generalgouvernement eine Tötungsorganisation geschaffen würde.[131] Erst die Besprechung bei Heydrich – gemeint war die Wannsee-Konferenz – werde hier mehr Klarheit schaffen.

Auch Himmler griff in seiner berüchtigten programmatischen Rede vor hohen SS- und Polizeioffizieren am 9. Juni 1942, am Tag der Trauerfeier für den verstorbenen Heydrich, eine Formulierung Hitlers vom 12. Dezember 1941 wieder auf, als er die Vernichtung aller europäischen Juden innerhalb eines Jahres mit den Worten ankündigte, nun müsse »reiner Tisch« gemacht werden.[132] Ähnlich äußerte sich Hitler selbst am 14. Februar 1942, indem er erklärte, man dürfe beim Mord an den Juden »keine sentimentalen Anwandlungen« haben.[133] Auch hohe SS-Führer wie Himmler-Intimus und SS-Gruppenführer Gottlob Berger sprachen ab Dezember 1941 sehr offen von der Tötung aller Juden.[134]

Theoretisch ist es möglich, daß Hitler seine Entscheidung bereits zwischen dem 7. und 12. Dezember im kleineren Kreis bekanntgab.[135] Aber es ist relativ unwahrscheinlich, wenn man Eichmanns Nachkriegsaussagen hinzuzieht. Eichmann hat mehrmals erklärt, eines Tages habe ihn Heydrich zu sich gerufen und erklärt, Hitler habe den Mord an den Juden befohlen. Wichtig sind hier zwei Details: nach Eichmanns Memoiren hatte Heydrich die Information offenbar von Himmler bezogen,

130 Rede Franks v. 16.12.1941, in: Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 457 f.

131 Frank hatte zwischen dem 10. und 13.12. auch mit Hitler konferiert: Pohl, Lublin, S. 103, Anm. 71.

132 Rede vor den SS-Oberabschnittsführern und Hauptamtschefs v. 9.6.1942, in: Smith/Peterson, Geheimreden, S. 159.

133 Goebbels' Wiedergabe, zitiert nach Broszat, Hitler, S. 758; ähnlich Goebbels, Tagebücher, Teil II, Band 2, S. 533 f. (18.12.1941).

134 »Juden sind Menschen zweiten Grades oder dritter Ordnung. Ob man sie zu Recht oder zu Unrecht erledigt, steht gar nicht zur Debatte. Sie haben so oder so vom Erdboden zu verschwinden.« Berger an Dirlewanger v. 22.1.1942, BA D-H ZM 1454, A. 1, Bl. 245 f.

135 Hitler besprach sich am 9.12.1941 längere Zeit mit Göring (vgl. Anm. 111), am 7.12. abends und vermutlich 10.12. mit Himmler. Dieser traf sich am 9. und 11.12. mit Heydrich (Terminkalender Himmler v. 7.-11.12.1941, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 344-47).

und unmittelbar darauf sei er, Eichmann, zu Globocnik in ein Vernichtungslager (nach Belzec) geschickt worden.[136] Nach dem von Eichmann beschriebenen Stand der Baumaßnahmen kann ein solcher Besuch in Belzec frühestens im Dezember 1941 stattgefunden haben.[137] Die meisten Spezialisten haben das für unmöglich gehalten, weil das Datum nach ihren Theorien 'zu spät' lag.[138] Doch mit einer Entscheidung Hitlers Anfang Dezember 1941 würde Eichmanns Aussage zusammenpassen. Vor allem aber ist kaum eine Gelegenheit denkbar, bei der eine Entscheidung zum Mord an allen europäischen Juden ohne Heydrichs Beisein verkündet worden sein kann – denn er sollte eine europäische »Gesamtlösung« der »Judenfrage« vorbereiten[139] –, es sei denn, es war eben bei einer Reichs- und Gauleitertagung.[140]

Am 12. Dezember hatte Hitler seine Entscheidung, die europäischen Juden zu ermorden, vor der Parteispitze bekanntgegeben.[141] Nur fünf Tage später verkündeten die Leiter von sieben evangelischen Landeskirchen den Kirchenausschluß von Trägern des Judensterns, forderten die Deportationen der Juden aus Deutschland als »geborene Welt- und Reichsfeinde« – eine ganz ähnliche Begründung wie bei Hitler – und verlangten »schärfste Maßnahmen« gegen sie, was, logisch betrachtet, nur ihren Tod bedeuten konnte.[142] Dieser an sich schon schwerwiegende Vorgang erscheint durch die zeitliche Nähe zur Reichs- und Gauleitertagung noch gravierender. Die Kirchenleitungen waren gewöhnlich politisch gut informiert. Spätere Forschungen werden zeigen müssen, ob hier tatsächlich ein Zusammenhang bestand.

136 Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Zeugenbericht. Hrsg. v. Rudolf Aschenauer, Leoni 1980, S. 177 f.

137 So auch Safrian, Eichmann-Männer, S. 171. Allerdings sagte Eichmann in seiner Vern. v. 5.7.1960, die Reise zu Globocnik habe etwa zwei Monate nach der Wannsee-Konferenz stattgefunden (Trial of Adolf Eichmann, Bd. VII, Jerusalem 1995, Band 17, Bl. 56 [S. 845]). An anderer Stelle schätzte er, Heydrich habe ihm die geschilderte Eröffnung zwei bis drei Monate nach dem Angriff auf die Sowjetunion gemacht: Vern. Eichmann v. 31.5.1960, in: ebd., Band 5, Bl. 5 (S. 169).

138 Hilberg, Vernichtung, S. 421; Burrin, Hitler, S. 146 f., meinte, Eichmann habe hier zwei Dinge durcheinandergebracht.

139 Görings Auftrag für Heydrich v. 31.7.1941, zeitgenössische Fotokopie (mit Anschreiben an Staatssekretär Frank (Prag) v. 25.1.1942), BA D-H M 501, A. 3, Bl. 4 und 7; abgedruckt in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 79.

140 Deshalb erscheint es auch wenig plausibel, daß Hitler einen solchen 'Befehl' im Reichstag, möglicherweise in einer geschlossenen Sitzung nach dem offiziellen Teil am 11.12.1941, ausgesprochen hat, denn Heydrich war Reichstagsmitglied. - Rosenbergs Aussage in seiner Vern. v. 17.4.1946, IMT, Bd. 11, S. 607 f., könnte in dem Sinn verstanden werden, daß Hitler eine solche Erklärung in seiner Reichstagsrede am 11.12.1941 abgab; dies wird aber nicht ganz klar.

141 Auch der letzte KdS Wien, Dr. Rudolf Mildner, stellte in einer handschriftlichen Erklärung vom 22.6.1945 einen Zusammenhang mit dem Kriegseintritt der USA und dem Vollzug der Drohung Hitlers, die Juden in Europa würden »dafür vernichtet werden«, her. Nbg. Dok. PS-2376.

142 Zitiert nach: Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 142 f., dessen Wertung in diesem Punkt zuzustimmen ist. Siehe bereits Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Frankfurt/M. 1992, S. 285.

4. Die Wannsee-Konferenz unter veränderten Voraussetzungen – Verlauf und Ergebnis

Einen Tag vor dem zunächst anberaumten Termin, im Lauf des 8. Dezember 1941, wurde die Wannsee-Konferenz auf unbestimmte Zeit verschoben.[143] Über den Grund existieren mehrere Versionen. Heydrich schrieb in seiner neuerlichen Einladung vom 8. Januar 1942, er habe sie »s.Zt. aufgrund plötzlich bekannt gegebener Ereignisse und der damit verbundenen Inanspruchnahme eines Teiles der geladenen Herren« absagen müssen.[144] Damit war nach Ansicht einiger Historiker der japanische Überfall auf Pearl Harbor (7. Dezember), nach anderen die sowjetische Gegenoffensive vor Moskau (seit dem 5. Dezember) gemeint.[145] Heydrich war zum vorgesehenen Zeitpunkt der Konferenz am Mittag des 9. Dezember selbst 'in Anspruch genommen' – er hatte Vortrag bei Himmler zu halten.[146] Im zitierten Vermerk von Labs hieß es, die Konferenz sei »wegen der Reichstagssitzung« ausgefallen.[147] Das ist möglich; diese fand zwar erst am 11. Dezember statt, war zuvor aber mehrmals aufgeschoben worden. Warum die Wannsee-Konferenz gleich um sechs Wochen verschoben wurde, ist nicht sicher. Denkbar erscheint, daß sie auf Grund der veränderten Situation durch Hitlers Rede vom 12. Dezember einer neuen, 'gründlichen' Vorbereitung bedurfte.[148] Denn seine Grundsatzentscheidung hatte für das RSHA eine neue, furchtbare 'Planungssicherheit' geschaffen. Vielleicht diente auch die Unterredung zwischen Heydrich und Göring am 12. Januar 1942 dazu, die neue Lage hinsichtlich der antisemitischen Politik zu besprechen.[149]

Auf den Kreis der Besprechungsteilnehmer der Konferenz wurde schon eingegangen. Beteiligt waren fünf Vertreter von Sicherheitspolizei und SD, acht Politiker und Funktionäre aus der staatlichen Verwaltung und zwei Parteivertreter, einer von der Parteikanzlei und einer vom Rasse- und Siedlungshauptamt der SS. Einige Eingeladene hatten Vertreter geschickt. Zwei waren gar nicht erschienen: der Staatssekretär im Propagandaministerium, Gutterer, und der Leiter des Stabsamts des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Greifelt, der sich zu Verhandlungen in Italien aufhielt.[150] Da es um grundsätzliche und weniger um technische Fragen ging, waren z.B. das Reichsverkehrsministerium und das Reichsfinanzministerium nicht eingeladen.[151] Von den Stellen, die mit Fragen der Definition der 'Juden' zu tun hatten, fehlten die 'Kanzlei des Führers' und das OKW.[152]

---

143 Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 114.

144 Heydrich an Unterstaatssekretär Luther v. 8.1.1942, Faksimile in: ebd., S. 115.

145 Vgl. Safrian, Eichmann-Männer, S. 169.

146 Terminkalender Himmler v. 9.12.1941 (12:40 Uhr), Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 346.

147 Beleg wie Anm. 88.

148 Zu verweisen ist hier auf die Besprechung Himmler-Bühler v. 13.1., die am 2.1.1942 vereinbart worden war (Belege Anm. 67). Jäckel, Konferenz, S. 33, vermutet, Heydrich habe es nicht eilig gehabt, da es ihm vornehmlich um Repräsentation und die Durchsetzung seiner Zuständigkeit gegangen sei.

149 Der Inhalt des Gesprächs ist nicht bekannt. Heydrich war ursprünglich nur bei Göring erschienen, um ihm zum Geburtstag zu gratulieren, war jedoch »beim Reichsmarschall aus dienstlichen Gründen noch festgehalten worden«, so daß sein nächster Termin um eine Stunde verschoben werden mußte. Vermerk Bentevegni (OKW/Amt Ausland/Abwehr) v. 13.1.1942 (ungezeichnet), BA-MA RW 5/v. 690, Bl. 21.

150 Aly, »Endlösung« (dort auch allgemein zur Rolle des RKF in der Judenpolitik), S. 364; Klein, Wannsee-Konferenz, S. 14. Zu den Personalien der Teilnehmer s.o., Abschnitt 2.

151 Scheffler, Wannsee-Konferenz, S. 25.

152 Zur Rolle des OKW dürfte eine in Vorbereitung befindliche Untersuchung von Bryan Mark Rigg

Die Besprechung begann mit einer längeren Ansprache Heydrichs. Er berief sich auf Görings Auftrag »für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage«, unterstrich seine »Federführung« und erklärte seinen Wunsch nach Absprache zur »Parallelisierung der Linienführung«. Anschließend zog er eine Bilanz über die antijüdische Politik besonders seit 1939 mit den Stationen Zwangsemigration und – »nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer« – »Evakuierung der Juden nach dem Osten«.[153] Nun stellte er sein Programm für eine »Endlösung« durch Massenmord an den Juden in allen Ländern Europas (einschließlich verbündeten, neutralen und gegnerischen) vor. Ein Teil der Juden sollte zuvor zur Zwangsarbeit eingesetzt werden.[154] Heydrich, Luther (Reichsaußenministerium) und Hofmann (SS-Rasse- und Siedlungshauptamt) sprachen kurz mögliche diplomatische Schritte und Schwierigkeiten bei der Durchsetzung in den besetzten und verbündeten Ländern an; man sah jedoch insgesamt wenig Probleme. Die Möglichkeit von Deportationen war nach Heydrich aber von der militärischen Entwicklung (an der Ostfront) abhängig.[155] Dieser trug dann seine Vorstellungen über die Ausweitung des 'Judenbegriffs' vor, die im wesentlichen den Vorschlägen entsprach, auf die sich die Referenten von RSHA, Parteikanzlei und Vierjahresplanbehörde geeinigt hatten:[156] »Mischlinge 1. Grades« sollten mit wenigen Ausnahmen »den Juden gleichgestellt« werden, und dieses Schicksal solle in einer Reihe von Fällen auch »Mischlinge 2. Grades« und Juden mit nichtjüdischen Ehepartnern treffen.[157] Hofmann schlug dagegen freiwillige, Stuckart zwangsweise Sterilisierungen anstelle von Deportationen vor. Stuckart regte außerdem eine gesetzliche Regelung zur Zwangsscheidung sogenannter Mischehen an, die die Deportation und Ermordung der jüdischen Partner ermöglicht hätte.[158] Abschließend drängten Staatssekretär Bühler (Generalgouvernement), der die Zuständigkeit der Sicherheitspolizei und des SD für die Vernichtungsaktionen anerkannte, sowie der stellvertretende Ostminister Meyer darauf, in ihren Gebieten mit der »Endlösung« zu beginnen.[159] Meyer war übrigens der einzige Anwesende, der als Gauleiter von Westfalen-Nord auch an der Reichs- und Gauleitertagung am 12. Dezember 1941 teilgenommen haben dürfte.

Heydrich war mit dem Ausgang der Konferenz sehr zufrieden.[160] Aber warum? Widerspruch hatten die RSHA-Vertreter von Bühler und vor allem von Stuckart erwartet.[161] Während Bühler entsprechend den Vorbesprechungen keinen Einwand er-

über »Jüdische Mischlinge in der Wehrmacht« Aufschluß geben. Siehe allgemein Noakes, Development, S. 328-36.

153 Undatiertes Besprechungsprotokoll, Bl. 2-5 (Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 123-26).

154 Protokoll, Bl. 5-8 (Tuchel, ebd., S. 126-29).

155 Protokoll, Bl. 9 f. (Tuchel, ebd., S. 130 f.).

156 Vermerk Lösener für Stuckart v. 4.12.1941, Anlage 1, BA R 18/5519, Bl. 483-85.

157 Protokoll, Bl. 8 f. und 10-13 (Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 130 f. und 132-34).

158 Protokoll, Bl. 13 f. (Tuchel, ebd., S. 134 f.). Die Richtigkeit des Protokolls wird in diesem Punkt bestätigt durch Stuckarts Schreiben an einige Konferenzteilnehmer v. 16.3.1942, in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 121 f.

159 Protokoll, Bl. 14 f. (Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 135 f.).

160 Insoweit werden Eichmanns Nachkriegsaussagen (z.B. Vern. v. 26.6.1961, in: Trial of Adolf Eichmann, Bd. IV, Jerusalem 1993, S. 1423) von Heydrichs Übersendungsschreiben für das Protokoll v. 26.2.1942 (Faksimile in Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 121) bestätigt.

161 Schriftsatz Eichmann v. 7.3.1961, in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 184; Vern. Eichmann v. 26.6. und 17.7.1961, in: Trial of Adolf Eichmann, Bd. IV, S. 1423 und 1711 f.

hob – im Gegenteil –, schien Stuckart nur bei den 'Mischehen' nachgegeben zu haben, wohingegen hinsichtlich der 'Mischlinge' eine Einigung ausgeblieben war und auch später nie erzielt wurde.[162] So schrieb die Parteikanzlei am 29. Januar 1942, daß diese Frage weiter in der Schwebe sei; der Rassereferent im Ostministerium notierte gar mit Berufung auf Lösener, die Parteikanzlei stehe der Schlechterstellung der 'Halbjuden' nun negativ gegenüber.[163] Von einem Beschluß im Sinne Heydrichs auf der Wannsee-Konferenz kann also keine Rede sein.[164] Im Gegenteil, in dem scheinbar einzigen offenen Punkt hatte er keinen Erfolg gehabt.

Immerhin war dagegen Heydrichs »Federführung« anerkannt worden, von Bühler ausdrücklich, von den anderen implizit. Doch das war kein Wunder: bedeutete »Endlösung« Mord, wer hätte ihm seine Rolle streitig machen sollen und wollen? In dieser Hinsicht war mancher Beamte froh, so tun zu können, als könne er seine Hände in Unschuld waschen. So fiel einem Referenten aus dem Ostministerium auf, daß der Abteilungsleiter Dr. Bräutigam aus seiner Behörde auf einer Folgebesprechung der Wannsee-Konferenz am 29. Januar 1942 als Sitzungsleiter »so rasch nachzugeben« bereit war und der SS Zugeständnisse machte. Deswegen zur Rede gestellt, sagte Bräutigam, »daß er es im Fall der Judenfrage für nicht unerwünscht halte, die Zuständigkeit der SS und Polizei zu betonen.«[165] Dies ist um so bemerkenswerter, als Bräutigam zu dieser Zeit bereits offen ausgesprochen hatte, der Krieg sei für Deutschland militärisch nicht mehr zu gewinnen.[166] Er dachte offensichtlich bereits an seine persönliche Zukunft.[167]

Heydrichs Hochstimmung nach der Wannsee-Konferenz beruhte nach meiner Ansicht auf einem anderen Punkt: Niemand hatte Widerspruch dagegen geäußert, daß die Juden getötet werden sollten.[168] Im Amtsdeutsch: Bedenken wurden nicht erhoben. Dies gibt das Besprechungsprotokoll indirekt wieder, denn es erwähnt eben kei-

---

162 Was Stuckarts umstrittene Rolle angeht, scheint mir ein eindeutiges Urteil nicht möglich. Es ist schwer zu widerlegen, er habe den Vorschlag zu Zwangssterilisierungen statt Deportation in dem Bewußtsein gemacht, daß diese technisch gar nicht möglich waren. Auch hinsichtlich der Zwangsscheidungen schlug er eine gesetzliche Regelung vor, die durchaus verzögert werden konnte, wie es später ja auch geschah.

163 »[D]ie künftige Behandlung dieses Personenkreises [sog. Mischlinge 1. Grades] ist noch immer ungewiß.« Schreiben der Parteikanzlei v. 29.1.1942, zitiert in in einem Rundschreiben des Hauptamts für Volkswohlfahrt v. 13.4.1942, in: Herwart Vorländer: Die NSV, Boppard 1988, S. 427; Aly/Heim, Vordenker, S. 470; vgl. ihre Quelle: undatierte Notiz Dr. Wetzel, BA R 6/74, Bl. 79.

164 So Adler, Der verwaltete Mensch, S. 304. Siehe zu der Frage auch Aufzeichnung Rademachers v. 7.3. und Vermerk Reichsaußenministerium D III v. 11.6.1942, in: Klein, Wannsee-Konferenz, S. 57-60.

165 Vermerk Lindemann (Hauptabteilung II Verwaltung des Ostministeriums) v. 11.2.1942, BA R 6/74, Bl. 78.

166 Vgl. den empörten Vermerk Himmlers auf dem Vortragszettel für die Sitzung bei Hitler mit Rosenberg, Lammers und Keitel am 15.2.1942: »Äußerung von Bräutigam. 'Der Krieg im Osten ist militär. nicht mehr zu gewinnen['] «, BA NS 19/1448, Bl. 12.

167 Tatsächlich ging Bräutigam nach dem Krieg straffrei aus, weil ihm eine persönliche Verantwortlichkeit für die Ermordung der sowjetischen Juden nach Ansicht des Landgerichts Nürnberg-Fürth nicht zu beweisen war. Vgl. das Verfahren StA Nürnberg-Fürth 72 Ks 3/50a-b im Staatsarchiv Nürnberg. Bräutigam wurde 1955 Leiter der Ostabteilung des Bundesaußenministeriums, mußte später aber auf öffentlichen Druck beurlaubt werden.

168 Das ist an sich nichts Neues, vgl. z. B. Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin-W. 1964, S. 38; Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Frankfurt/M. 1996, S. 387. Jedoch muß betont werden, daß dies das wichtigste Ergebnis der Besprechung war.

ne solchen Einsprüche (wohl aber Widerspruch oder Abweichungen in anderen Fragen). Theoretisch wäre es durchaus möglich gewesen, daß staatliche Stellen trotz des Bekanntwerdens von Hitlers Entscheidung am 12. Dezember – aus politischen, nicht aus moralischen Gründen - Bedenken erhoben hätten.[169] Sie taten es nicht; Luther und Bühler stimmten zu, Kritzinger und Freisler schwiegen, und Stuckart beschränkte sich auf Einwände zu den 'Mischlingen'. Nicht umsonst schrieb Heydrich am 26. Februar, es sei in Wannsee »erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der *praktischen Durchführung* der Endlösung der Judenfrage festgelegt« worden, wenn auch nicht alle Einzelheiten.[170] Für ihn war der 20. Januar 1942 ein feierlicher Tag, ein Tag, an dem er auch eine Vorschlagsliste zur Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse unterschrieb. An erster Stelle: Paul Blobel, der bisherige Chef des Sonderkommandos 4a und Judenschlächter von Babi Jar, an Platz drei: Dr. Albert Widmann, der die Tötungsexperimente mit Gas im weißrussischen Mogilew durchgeführt hatte, und sein Assistent Schmidt, ferner drei Beamte aus dem für die Gaswagen zuständigen Referat II D 3 a des RSHA und diverse Angehörige von Einsatzkommandos.[171]

Heydrichs Plan für den Mord an den Juden, wie er ihn am 20. Januar 1942 vortrug, war jedoch durchaus noch nicht klar. Es ist ihm auch bis zu seinem Tod am 4. Juni 1942 sehr wahrscheinlich nicht mehr gelungen, Göring einen »Gesamtentwurf« über die »Endlösung der Judenfrage« vorzulegen, wie dessen Auftrag vom 31. Juli 1941 gelautet hatte.[172] Denn noch fünf Tage vor dem Attentat auf Heydrich übersandte Lammers diesem einen Brief des Reichsinnenministers zur Stellung der »Mischlinge 1. Grades«, damit Heydrich, wie Lammers ihm schrieb, das Schriftstück »bei Ihrer Unterrichtung des Reichsmarschalls berücksichtigen« könne.[173] Jene Grundsatzentscheidung Hitlers, die Heydrich vermutlich schon lange erhofft hatte und die am 12. Dezember 1941 bekanntgegeben worden war, offenbarte, daß er keinen fertigen Plan des Verbrechens aus der Schublade ziehen konnte. Wenn Heydrich ihn schon nicht hatte, bedeutet das, daß es bis zum Frühjahr 1942 einfach keinen Ge-

---

169 Als Parallele sei das wiederholt ausgesprochene Verbot Hitlers angeführt, Menschen in den besetzten sowjetischen Gebieten als bewaffnete Kollaborateure zu verwenden (z.B. Aktenvermerk Bormanns über die Spitzenbesprechung am 16.7.1941, IMT, Bd. 38, S. 88). Das war im Zusammenhang mit dem Aufbau eines deutschen Imperiums im Osten eine wichtige ideologische Frage, in der Hitler sich nicht durchsetzen konnte, weder gegenüber der Wehrmacht noch gegenüber der SS.

170 Zitiert nach dem Faksimile in: Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 121 (Hervorhebung C.G.).

171 BA D-H ZR 759, A. 14.

172 Görings Schreiben v. 31.7.1941, in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 79. Dieser Auftrag bezog sich wahrscheinlich noch nicht darauf, daß alle Juden ermordet werden sollten, sondern sie waren in die besetzten sowjetischen Gebiete 'abzuschieben', wobei allerdings ungeheure Opfer unter den Deportierten vorausgesehen und billigend in Kauf genommen wurden (siehe etwa Aly, Endlösung, S. 306 f.). Der Begriff »Endlösung« war nicht von Anfang an deckungsgleich mit dem Völkermord an den Juden, er wurde es erst spät - und vor allem im Nachhinein. Das Protokoll der Wannsee-Konferenz war nicht der erwähnte Gesamtentwurf, wie Pätzold und Schwarz behaupten (Tagesordnung: Judenmord, S. 47), da Heydrich am 26.2. zu einer Folgebesprechung »zur Fertigstellung der vom Reichsmarschall gewünschten Vorlage« für den 6. März einlud (Faksimile in Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 121). Deshalb kann er das »Gesamtkonzept« auch nicht im Februar abgegeben haben, und dieses kann nicht mit der von Goebbels am 7.3. gelesenen »Denkschrift« des RSHA identisch sein (siehe dagegen Aly/Heim, Vordenker, S. 460). Die Interpretation, Heydrich sei von Göring am 2.4.1942 zum »Judenkommissar für Europa« ernannt worden (ebd.), scheint ebenfalls nicht haltbar (dazu Scheffler, Wannsee-Konferenz, S. 33, Anm. 9).

173 Lammers an Heydrich v. 22.5.1942 (Abschrift), BA R 18/5519, Bl. 481. Ein Vortrag Heydrichs

samtplan dafür gab, wie der Mord an den Juden Europas ablaufen sollte. Auch was Heydrich als Planung in Wannsee vorstellte, trug vorläufigen, streckenweise noch utopischen Charakter. Dies spiegeln auch die zentralen Passagen des Besprechungsprotokolls über die künftige 'Behandlung' der Juden wider:

»Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)«

Hier müßte, wie Gerald Reitlinger betont hat, »die deutsche Sprache geradezu ihren Sinn verloren haben«, wenn nicht Tötung gemeint war.[174] Wenn schon die übrigbleibenden arbeitsfähigen Juden »entsprechend behandelt« werden sollten, galt das für die arbeitsunfähigen, etwa die nicht erwähnten Frauen und Kinder, besonders. Bühler wies extra auf sie hin. Trotz der verwendeten Tarnsprache spielten für die Überlegungen des RSHA zur 'Endlösung' große Zwangsarbeitsprojekte im Januar 1942 offenbar noch eine erhebliche Rolle. Dazu gehörte der Straßenbau in der Sowjetunion ebenso wie das vage erkennbare Projekt von Arbeits- und Straflagern in der Region des nordrussischen Eismeers.[175] Aus solchen Plänen wurde jedoch nicht viel.

Das gilt auch für zwei weitere Komponenten des Heydrich-Plans. Nach ihm sollte Europa »vom Westen nach Osten durchgekämmt«, die Juden erst aus dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren, dann aus Westeuropa verschleppt werden. Ähnliche Vorstellungen äußerte Hitler noch im Mai 1942.[176] Das entsprach nicht

---

bei Göring war geplant, konnte aber offenbar nicht mehr stattfinden, da Göring die ihm dafür wichtigen Punkte am 2.7.1942 stattdessen mit Himmler besprach. Vgl. Vorlage Ministerialrat Dr.-Ing. Görnnert [Görings persönlicher Referent] »mit der Bitte um Vorlage beim Termin von Obergruppenführer Heydrich« v. 24.5.1942 und Vorlagen Görnnert v. 1.7.1942 für die Besprechung mit Himmler, BA 34.01 FC Nr. 376, Bl. 7569, 7984 f. und 7897; Terminkalender Himmler v. 2.7.1942, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 182.

Strenggenommen konnte Heydrich Göring überhaupt keinen »Gesamtentwurf« vorlegen, denn es lag noch nicht die Zustimmung aller beteiligten Ressorts vor. Infolge eines Registraturfehlers hatte das RSHA versäumt, die Niederschrift zu der Folgebesprechung am 6.3.1942 ans Auswärtige Amt zu schicken, und holte dies erst am 3.7.1942, lange nach Heydrichs Tod, nach. Die Stellungnahme des Außenministeriums datiert erst vom 2.10.1942. RSHA IV B 4 (Suhr) an Auswärtiges Amt (Rademacher) v. 3.7.1942, Mahnschreiben ders. v. 12.8. sowie Auswärtiges Amt D III 67 gRs an RSHA v. 2.10. und 7.12.1942, BA F 10531.

174 Reitlinger, Endlösung, S. 108. Siehe auch Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 51; Vern. Adolf Eichmann v. 5.7.1960, in: Trial of Adolf Eichmann, Bd. VII, Band 17, Bl. 56 ff. (S. 845 ff.).- Eichmann gab zu, daß die im Protokoll angesprochenen »Lösungsmöglichkeiten« Tötungsmethoden meinten: Vern. v. 21.7.1961, in: ebd., Bd. IV, S. 1810. Die von Bühler und Meyer angesprochenen »gewisse[n] vorbereitende[n] Maßnahmen«, die »in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen [seien], wobei eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse« (Protokoll, Bl. 15, in: Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 136), waren m. E. einfach eine Chiffre für 'Massenerschießungen'.

175 Vgl. Hermann Kaienburg, Jüdische Arbeitslager an der »Straße der SS«, in: »1999«, H. 1 (1996),

der Linie des Auswärtigen Amtes, das in Südosteuropa mit den Deportationen beginnen wollte.[177] Hier zeigten sich auf der Wannsee-Konferenz beträchtliche Divergenzen. Tatsächlich begann der systematische und totale Mord an den Juden im besetzten Teil der Sowjetunion und im Generalgouvernement, wie es Bühler und Meyer gefordert hatten. Bühler erklärte, der Großteil der Juden im Generalgouvernement sei sowieso arbeitsunfähig, gefährde die Wirtschaft durch Schleichhandel und solle verschwinden.[178] Frank hatte sie – wie erwähnt – schon in seiner Mordrede am 16. Dezember 1941 als »für uns außergewöhnlich schädliche Fresser« bezeichnet.[179]

Schließlich scheint auch der Zeitplan, der der Wannsee-Besprechung zugrundelage, nicht dem späteren Tempo der Vernichtung entsprochen zu haben. Der Völkermord an den Juden wurde im April und noch einmal im Sommer 1942 beschleunigt. Darauf deuten sowohl die Baugeschichten der Vernichtungslager hin als auch die spätere Äußerung eines Teilnehmers der Konferenz, Otto Hofmann. Er sprach Ende September 1942 gegenüber SS-Offizieren über seine Vorstellung von zukünftigen Generationen und führte aus:

> »Sie werden die Judengefahr kaum mehr kennen. *In 20 Jahren werden vielleicht keine Juden mehr existieren.* Im europäischen Russland sind es insgesamt 11 Millionen Juden [!]. Also wird es noch einige Arbeit geben. *Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir mehr als 1 Millionen [sic] beseitigt haben.* Es wird Zeit, dass wir von dieser Pest in Europa befreit werden.«[180]

Hofmann bezog sich offenbar auf seine anscheinend schon etwas verblaßte Erinnerung an die Wannsee-Konferenz. Die Vernichtung war tatsächlich schneller abgelaufen, als er, der nicht auf dem Laufenden gehalten wurde und gerade zum ersten Mal seit dem Februar 1942 wieder mit Himmler zusammengetroffen war, dachte.[181]

S. 13-39, besonders S. 13 f.; Sandkühler, »Endlösung« in Galizien, S. 137 ff. Über die 'Eismeerlager' soll Heydrich in der Vorbesprechung mit Bühler gesprochen haben: Vern. Josef Bühler v. 23.4.1946, in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 135; vgl. allgemein: Karl Heinz Roth, »Generalplan Ost« - »Gesamtplan Ost«. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse, in: Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.), Der »Generalplan Ost«, Berlin 1993, S. 25-117, besonders S. 40 ff. und 62 f.; Burrin, Hitler, S. 151 (Gespräch Heydrich - Goebbels am 25.9.1941); Rede Heydrichs v. 4.2.1942, in: Karny u.a., Deutsche Politik im »Protektorat«, S. 229; Himmler an Heydrich und den HSSPF Norwegen, Rediess, v. 16.2.1942, BA NS 19/2375, Bl. 1 f. Hitler sagte jedoch, Himmler brauche sich für das Eismeerprojekt »keine Hoffnungen zu machen« (5.4.1942), weil er selbst die Arbeitskräfte dringender benötige: Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, 3. veränderte und erweiterte Neuauflage, Stuttgart 1977, S. 192.

176 Protokoll, Bl. 8 (Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 129); Goebbels, Tagebücher, Teil II, Band 2, S. 533 f. (18.12.1941); Hitler am 29.5.1942, Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 340.

177 Dazu Browning, Final Solution, S. 79.

178 Protokoll, Bl. 15 (Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 136), und vor allem Aufzeichnung des Auswärtigen Amts, Referat D III für Staatssekretär v.Weizsäcker v. 11.6.1942, Faksimile in Klein, Wannsee-Konferenz, hier S. 60, über die Wannsee-Konferenz: »(St.S.Dr.Bühler): Zu beginnen im Generalgouvernement (Seuchenträger, Schleichhandel, Mehrzahl arbeitsunfähig).«

179 Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 459.

180 Schlussworte des SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Waffen-SS Hofmann zur Tagung der SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen am 29. und 30.9.1942, BA 17.03, Nr. 2, Bl. 58 (Hervorhebungen C.G.). In Wannsee hatte es geheißen, es gebe in Europa elf Millionen Juden, im europäischen Teil der UdSSR fünf Millionen. Möglicherweise ist der Irrtum auf einen Fehler des Protokollanten der Rede Hofmanns zurückzuführen.

181 Siehe Terminkalender Himmler und Grothmann, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23 bzw. BA NS 19/3959.

5. Die Folgen der Wannsee-Konferenz

Die Informationen über den Ausgang der Sitzung in Wannsee verbreiteten sich schnell. Heydrich berichtete Himmler telefonisch am folgenden Tag, Alfred Meyer hielt bei Rosenberg Vortrag. Am 23. Januar kam Globocnik vermutlich nach Berlin, und Hitler scheint ebenfalls rasch informiert worden zu sein.[182] Möglicherweise flossen Nachrichten sogar schon Ende Januar in die Slowakei.[183] Später, im Juli 1942, waren auch deutsche Beamte des Generalkommissariats in Lettland genau orientiert.[184]

In der Frage der 'Mischlinge' und 'Mischehen' geriet die Diskussion schnell ins Stocken. Die von Eichmann am 31. Januar 1942 gegebenen neuen Deportationsrichtlinien entsprachen weiter den Nürnberger Gesetzen. Ausgenommen wurden ferner mit nichtjüdischen Partnern verheiratete Juden, ausländische Juden, Arbeiter und Arbeiterinnen in Rüstungs- und Landwirtschaft, sowie ältere Menschen.[185] Auf der ersten offiziellen Folgebesprechung auf Referentenebene am 6. März wurden Stuckarts in Wannsee gemachte Vorschläge besprochen, die Sterilisierung als organisatorisch unmöglich verworfen und die Pläne für Zwangsscheidungen präzisiert.[186] Doch Stuckart beharrte am 16. März darauf, die sogenannten Mischlinge 1. Grades dürften nicht schlechter gestellt werden – er griff nunmehr Löseners Argumente für die Wannsee-Konferenz auf –, und wurde nun auch vom geschäftsführenden Reichsjustizminister Schlegelberger durch zwei Briefe unterstützt. Lammers empfing daraufhin Schlegelberger am 10. April zu einer Besprechung über die »Gesamtlösung der Judenfrage«.[187] Im September 1942 scheint Stuckart Himmler überzeugt zu haben, so daß die zweite Folgebesprechung zur Wannsee-Konferenz am 27. Oktober ohne Ergebnis blieb.[188] Der neue Reichsjustizminister Thierack und Goebbels stimmten um diese Zeit überein, »daß die Frage der jüdischen Mischlinge während des Krieges nicht gelöst werden soll«, und sogar der berüchtigte Abteilungsleiter III B (Fremdes

182 Vgl. Telefonnotizen Himmler v. 21.1.1942 (»Judenfrage. Sitzung in Berlin«), BA NS 19/1439; Terminkalender Rosenberg v. 21.1.1942, BA NS 8/133, Bl. 8; Ankündigung Globocniks in: Dirlewanger an Friedrich (SS-Hauptamt) v. 22.1.1942, BA D-H ZM 1454, A. 1, Bl. 231; Hitlers antijüdische Auslassungen in Gegenwart von Himmler und Lammers am 25.1.1942 in: Jochmann (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier, S. 228 f. Über den Informationsfluß im Auswärtigen Amt Browning, Final Solution, S. 76 ff.

183 Ein Beamter im slowakischen Referat für jüdische Angelegenheiten soll Ende Januar 1942 gesagt haben, bald würden die slowakischen Juden deportiert und ermordet. Walter Laqueur, Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung von Nachrichten über Hitlers Endlösung, Frankfurt/M. u.a. 1981, S. 175 f.

184 Generalkommissar Lettland, IIa - Sch/Hue an Reichskommissar für das Ostland v. 11.7.1942: »Im Reich wird doch angestrebt, dass die Mischlinge 1. Grades nicht den Juden gleichgestellt werden, sondern vielmehr sterilisiert werden sollen (s. Staatssekretärbesprechung am 20.1.1942).« Lettisches Staatsarchiv Riga 69-1a-6, Bl. 53. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Christoph Dieckmann.

185 RSHA IV B 4, Schnellbrief, Betr.: Evakuierung von Juden v. 31.1.1942, in: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, »Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof«. Franz Novak, der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994, S. 119-22.

186 Undatierte, ungezeichnete Niederschrift als Faksimile in: Mendelsohn, Holocaust, S. 86-94; undatierte Aufzeichnung Rademacher, ebd., S. 208 f.

187 Vgl. Stuckart v. 16.3. und Schlegelberger v. 5.4.1942 die maßgeblichen Teilnehmer der Wann-

Volkstum) im RSHA, Hans Ehlich, erklärte auch die »Abstammungsüberprüfungen« des Reichssippenamts für verzichtbar, »da der Prozentsatz der im Laufe von 9 Jahren festgestellten Fremdblütigen relativ gering« und vernachlässigenswert sei.[189] Auch die Bemühungen verschiedener Instanzen zur Zwangsscheidung der 'Mischehen' führten trotz eines scheinbaren Durchbruchs im März 1943, als Reichsinnenminister Frick Hitlers Genehmigung erwirkte, nicht zum Erfolg.[190] Die meisten 'Halbjuden', 'Vierteljuden' und Juden in 'Mischehen' konnten auf diese Weise trotz vielfältiger Verfolgungsmaßnahmen den Krieg überleben.

Direkt nach der Wannsee-Konferenz hatte das RSHA allerdings geglaubt, die Zeit für die Jagd auf 'Mischlinge' in ganz Europa sei gekommen, um sie zu ermorden. Der SD-Judenreferent Dannecker in Paris forderte Anfang Februar 1942 mit äußerster Dringlichkeit einen Abstammungsforscher an, der sofort mit der Überprüfung der Herkunft von »Juden und Judenmischlingen« beginnen solle.[191] Erst ein Gutachten des Chefs des Reichssippenamts, Mayer, kühlte die Gemüter in Paris im März ab, weil er feststellte, daß für eine »Abstammungsforschung« hinsichtlich jüdischer Ahnen in vermutlich 70.000 Fällen bei weitem nicht genügend Unterlagen verfügbar seien. So wurde das Projekt gestoppt.[192] Aber auch in den Niederlanden, wo sich eine landesweite »Kartei über Juden und Judenmischlinge« in den Händen der SS befand, scheint es nicht zu einer Deportation der 'Mischlinge' gekommen zu sein.[193]

---

see-Konferenz, in: ebd., S. 201-07; Schlegelberger an Lammers v. 12.3.1942, Nbg. Dok. NG-839; Noakes, Development, S. 345 f.; Adam, Judenpolitik, S. 324 f.; Hilberg, Vernichtung, S. 441 f. Ferner Vermerk Lösener v. 4.12.1941, Anlage 2, BA R 18/5519, Bl. 487-95; Besprechungsnotiz Lammers v. 10.4.1942 (der eigentliche Vermerk fehlt), BA R 43 II/ 4023, Bl. 2/R.
Stuckart und Schlegelberger bezogen sich direkt auf Punkte des Protokolls der Wannsee-Konferenz, kannten es also, ebenso wie Bormann (vgl. Anm. 203). Seine Versendung war spätestens am 21.1. angekündigt worden (Notiz Rademacher v. 21.1. auf der Einladung Heydrichs an das Auswärtige Amt v. 8.1.1942: »Sitzungsprotokoll soll noch eingehen«, Faksimile in: Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 115). Vermutungen über einen nur kleinen Verteilerkreis des Protokolls (Klein, Wansee-Konferenz, S. 16 f.) sind deshalb nicht plausibel.

188 Stuckart an Himmler vom September 1942, in: Lösener, Rassereferent, S. 298-301; Adam, Judenpolitik, S. 327 f., siehe jedoch S. 329, Anm. 132; Grenville, »Endlösung«, S. 111 f.

189 Vermerk Thierack v. 26.10.1942, BA R 22/4062, Bl. 14 f.; Vermerk Ehlich, Betr.: Reichssippenamt v. 25.1.1943, BA RW 42/4, Heft 2. (Es handelte sich um 24.000 'Fälle' von 140.000 Überprüfungen.)

190 Siehe Hilberg, Vernichtung, S. 446-49; Adler, Der verwaltete Mensch, S. 299; Adam, Judenpolitik, S. 329; Noakes, S. 348; Vorgang in BA R 22/460, besonders Frick an Thierack v. 20.3.1943, Bl. 334; BA R 18/5519, Bl. 509 ff.

191 Rasse- und Siedlungshauptamt-SS, Ahnentafelamt an Kurt Steudtner v. 12.2.1942; vgl. den weiteren Schriftverkehr im Februar und März 1942 ebd. und die Reaktion des Kandidaten, Kurt Steudtner, im Brief an Hofmann v. 2.3.1942: »Inmitten gegenwartsferner, historischer Forschungsarbeit erreichte mich Ihr Ruf zu neuem kämpferischen Wirken im Land jenseits des Rheines. [...] Mag nun auch die Verwirklichung des Vorhabens noch Gegenstand amtlicher Erörterungen sein [...] Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß mich die Stunde meines kommenden Einsatzes bereit finden wird, mit aller Tatkraft und allen Fähigkeiten, aber auch mit aller Schonungslosigkeit den Kampf gegen den Weltfeind Nr.I auf Feldwache Paris zu führen!« BA NS 2/1002; siehe auch Bericht Danneckers v. 22.2.1942, in: Pätzold 1984, S. 343-45.

192 Fernschreiben Dannecker an Osiander v. 21.3. und Brief v. 31.3.1942, BA NS 2/1002; Vermerk Mayers »Möglichkeiten zur Ermittlung getarnter Juden in Frankreich« v. 24.3.1942, BA R 39/762; vgl. Vermerke v. 8. und 11.11.1941, ebd.

193 Rauter (HSSPF Nordwest) an Hofmann v. 20.12.1941, BA NS 2/83, Bl. 81/R; SS-Führer im Rasse- & [!] Siedlungswesen an Rauter v. 14.7.1942, BA NS 2/81, Bl. 122.

Im Gegensatz dazu hatte die Wannsee-Konferenz für die deutschen Juden in Riga und Minsk bald schreckliche Folgen. In Riga begannen Anfang Februar 1942 offene Selektionen; 'arbeitsunfähige' Juden erschoß die Sicherheitspolizei oder ermordete sie in Gaswagen.[194] In Minsk kündigte der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) Minsk, Hofmann, der in Riga über die Wannsee-Konferenz informiert worden war, am 29. Januar 1942 an, im Frühjahr mit »starken Exekutionen« beginnen zu wollen. Den Glauben der deutschen Juden, sie dürften nach dem Krieg ins Reich zurück, müsse man – so Hofmann zynisch – unterstützen, dann leisteten sie bessere Arbeit. Am 6. Februar deutete Generalkommissar Kube an, die Insassen neuer Judentransporte aus dem Reich würde er mangels Lebensmitteln und Wohnraum erschießen lassen.[195] Anfang Februar verhaftete die Sicherheitspolizei den deutschen Judenrat. Seine Mitglieder wurden einen Monat später ermordet. Am 31. März sollen erstmals auch deutsche Juden bei einem 'kleineren' Massaker im Minsker Ghetto getötet worden sein.[196]

Die neue Deportationswelle aus dem Reich, Mittel- und Westeuropa nach Osten konnte erst langsam beginnen. Die Eisenbahntransportkrise in den besetzten sowjetischen Gebieten hatte sich auch auf das Reich stark ausgewirkt. Am 26. Januar teilte Speer Rosenberg mit, weitere Judentransporte seien deshalb bis zum April aufgeschoben. Unter anderem deshalb wurde auch aus den von Himmler am gleichen Tag angekündigten Deportationen von Juden in die Konzentrationslager zunächst nichts.[197] Ende März begann die Verschleppung französischer und slowakischer Juden in den Distrikt Lublin und nach Auschwitz, von denen, obwohl sie zunächst noch als Arbeitskräfte eingesetzt wurden, viele rasch starben. Deutsche Juden wurden in den Distrikt Lublin gebracht, wo sie zunächst noch anstelle gerade ermordeter polnischer Juden in die Ghettos einziehen mußten. Im April 1942 rollten im Reichsbahnbereich bereits wieder 37 Sonderzüge mit Juden.[198]

In den ersten Tagen des Mai 1942 begannen in einer koordinierten Aktion Transporte mit deutschen Juden direkt zu verschiedenen Vernichtungsstätten. Zwischen dem 4. und 15. Mai 1942 wurden die ersten 10.161 deutschen Juden aus dem Lodzer Ghetto deportiert und in Chelmno im Gas getötet.[199] Am 6. Mai fuhr der erste Todestransport aus dem Reichsgebiet – aus Wien – nach Minsk ab; die Menschen

194 Safrian, Eichmann-Männer, S. 180 f.; Press, Judenmord in Lettland, S. 120; Ezergailis, Holocaust, S. 359.

195 Vern. Georg Heuser v. 14.2.1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bd. 35, Bl. 6803; Kube an Lohse v. 6.2.1942, ebd., Sonderband E, Bl. 66 f.; Protokoll über den Hergang der Hauptabteilungs- und Abteilungsleitersitzung am 29. Januar 1942, Zentrales Staatsarchiv Minsk 370-1-53, Bl. 164 f. (das Dokument hat zuerst Jürgen Matthäus aufgefunden).- Auch im Bericht des Judenreferenten des KdS, Burkhart, vom Januar 1942 wird angedeutet, daß die deutschen Juden sterben sollten (IfZ Fb 104/2). Auf die Zeit vor dem 20. Januar 1942 sind Morde an deutschen Juden in Minsk nicht sicher zu datieren.

196 Vgl. Karl Loewenstein, Minsk. Im Lager der deutschen Juden, Bonn 1956; Heinz Rosenberg, Jahre des Schreckens, Göttingen 1992; zum 31.3. Anna Krasnoperka, Briefe meiner Erinnerung, Haus Villigst 1991, S. 56 f.

197 Adler, Der verwaltete Mensch, S. 193; Fernschreiben Himmler an den Inspekteur der Konzentrationslager, Glücks, v. 26.1.1942, NS 19/1920, Bl. 1; Klaus A. Friedrich Schüler, Logistik im Rußlandfeldzug, Frankfurt/M. u.a. 1987, S. 518 ff.

198 Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Geschäftsgruppe Verkehr, Tätigkeitsbericht April v. 18.5.1942, BA R 26 IV/vorl.47; Arad, Belzec, Sobibor, Treblinka, S. 140 und 147; Pohl, Lublin, S. 107 ff.

199 Bekanntmachung des Judenrats v. 1.5.1942; Lagebericht Staatspolizeistelle Litzmannstadt v.

wurden am 11. Mai 1942 im Lager Trostinez erschossen und in Gaswagen erstickt.[200] Und am 2. Mai ließ Unterstaatssekretär Luther aus dem Auswärtigen Amt der slowakischen Regierung die Garantie übermitteln, die ins deutsch besetzte Polen deportierten slowakischen Juden würden niemals in ihr Land zurückkehren.[201]

Nicht nur, daß Himmler am 17. April, kurz vor Beginn der Deportation der deutschen Juden aus Lodz ins Vernichtungslager Chelmno, Kolo (Warthbrücken), den Ort, wo die aus Lodz Deportierten umsteigen mußten, und möglicherweise auch Chelmno besichtigt hatte. Am 18. Juni 1942 kam auch Reichsinnenminister Frick nach Kolo. Einer späteren Zeugenaussage zufolge sorgte er auf Beschwerden der Bewohner über die brutalen Szenen bei der 'Umladung' mitten im Ort dafür, daß die Juden von nun an mit der Kleinbahn weitertransportiert wurden.[202] Frick kam kurz nach Beginn der systematischen Vernichtung der deutschen Juden – das Reichsinnenministerium unterstrich seine Zuständigkeit bis zum Letzten.

Bei der neuen Beschleunigung des Völkermordes an den Juden Europas und auch an den deutschen Juden spielte die NSDAP wieder eine wichtige Rolle. Angesichts der zahlreichen, oft verzweifelten Eingaben jüdischer Bürger und nichtjüdischer Fürsprecher wies Bormann Ende Juni und Anfang Juli 1942 die Gau- und Kreisleiter in zwei Anordnungen an, bei Befürwortungen den »schärfsten Maßstab« anzulegen. Lammers zog in einer Weisung für die staatlichen Stellen nach.[203] Am 9. Oktober 1942 ging Bormann noch weiter. In einem vertraulichen Rundschreiben rechtfertigte er die Judenvernichtung und gab Sprachregelungen an die Parteifunktionäre aus, um Gerüchten über »sehr scharfe Maßnahmen« gegen die Juden entgegenzutreten und sie quasi gleichzeitig zu rechtfertigen. Das Schreiben war schlicht und einfach eine kurze Paraphrase der Heydrich-Rede nach dem Protokoll der Wannsee-Konferenz.[204]

9.6.1942; Vorstand des Reichsbahn-Verkehrsamtes an Gestapo Litzmannstadt v. 19.5.1942, alles in: Adolf Diamant, Getto Litzmannstadt, Frankfurt/M. 1986, S. 107, 120, 125; Lucjan Dobroszycki (Hrsg.), The Cronicle of the Lodz Getto 1941-1944, New York and New Haven 1984, S. 156-72 (29.4.-14.5.1942); Freund/Perz/Stuhlpfarrer, Das Getto in Litzmannstadt (Lodz), hier S. 29.

200 Transportlisten der Wiener Transporte, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok. Bd. 5; Vern. der Überlebenden J. S. v. 11.4.1948, ebd., Bd. 71, Bl. 10546; Haupteisenbahndirektion Minsk, Bahndienstelegramm v. 7.5.1942, ZStA Minsk 378-1-784, Bl. 64; II. Zug des Waffen-SS-Bataillons z.b.V., Tätigkeitsbericht v. 17.5.1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, Wien u.a. 1984, S. 246.

201 Christopher Browning, A Final Hitler Decision for the »Final Solution«? The Riegner Telegram Reconsidered, in: Holocaust and Genocide Studies 11 (1996), H. 1, S. 3-10, hier S. 4; Aly 1995, S. 408.

202 Dieser Umstand ist allerdings unsicher. Zu Himmler: Witte, Zwei Entscheidungen, S. 58; zu Fricks Besuch im Landratsamt von »Warthbrücken«: Rückerl, Nationalsozialistische Vernichtungslager, S. 277; Der Reichsminister des Innern, Der Adjutant, Reiseplan 15.-27.6.1942 und Zeitungsausschnitt [vermutlich aus dem »Ostdeutschen Beobachter«] »Besuch im Osten des Warthelandes«, BA R 18/5231, Bl. 99 ff. und 115. Nach Programm und Bericht ist ein Besuch Fricks in Chelmno selbst, über den der Zeuge berichtet hatte, unwahrscheinlich. Über Beschwerden wegen der Morde in Chelmno im Februar auch Seeger, Gestapo-Müller, S. 121.

203 NSDAP, Partei-Kanzlei, Reichsverfügungsblatt, Ausgabe A, v. 1.7. und 4.7.1942 mit Anordnungen 34/42 und 37/42, Betr.: Behandlung von jüdischen Mischlingen in der Wehrmacht v. 23.6. bzw. Betr.: Befürwortung jüdischer Mischlinge durch die Partei v. 3.7.1942, BA 62 Ka 1, Nr. 83, Bl. 128 f.; vgl. Adler, S. 298.

204 Rundschreiben der Parteikanzlei, Betr.: Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage. Gerüchte über die Lage der Juden im Osten v. 9.10.1942, in: Pätzold, Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung, S. 351-53.

Abschließend stellt sich die Frage der Bewertung der Befunde, die ich in diesem Aufsatz vorgestellt habe: Widerspricht es gesicherten Erkenntnissen der Forschung, daß Hitler Anfang Dezember eine Grundsatzentscheidung zur Ermordung aller europäischen Juden fällte? Und wenn nein, welche Bedeutung hatte sie?

Eine umfassende *Weisung* Hitlers zur Ermordung der europäischen Juden ist bisher nicht aufgefunden worden, ihre Existenz für keinen Zeitpunkt eindeutig nachgewiesen. Das gleiche gilt für eine etwaige *Entscheidung* Hitlers, die ja theoretisch schon längere Zeit vor einer entsprechenden Anordnung gefallen sein kann. Sein innerer Entschluß dazu wird allerdings noch schwerer als eine Anordnung zu belegen sein.[205] Die verschiedenen Theorien über den Zeitpunkt der Hitler-Entscheidungen zum Mord an den Juden beruhen darauf, daß vermutete Entwicklungen bei Plänen und Vorbereitung zur Tötung mit meist unklaren oder mehrdeutigen Aussagen Hitlers kombiniert werden.

Die Entscheidung, die sowjetischen Juden zu töten, muß man von derjenigen zum Mord an den übrigen europäischen Juden trennen, wie dies inzwischen die meisten Historiker tun.[206] Jene ist wesentlich früher gefallen, spätestens im August 1941, meiner Ansicht nach bereits in den ersten Monaten desselben Jahres.[207]

Daß der Beschluß zur Deportation der deutschen Juden gleichbedeutend mit der Entscheidung war, sie umzubringen, ist durch nichts erwiesen. Die Fälle Lodz, Minsk und Riga sprechen dagegen. Die offene Frage der 'Behandlung' der deutschen Juden zu besprechen, war eines der Ziele der Wannsee-Konferenz. Deshalb ist es durchaus möglich, daß Hitler seine Entscheidung erst bekanntgab, nachdem die Konferenz einberufen worden war.[208] Andererseits war die Frage sozusagen 'herangereift'; Himmler, Heydrich, Rosenberg und Lohse scheinen auf den Mord zumindest an einem Teil der deportierten deutschen Juden gedrängt zu haben. Eine Entscheidung Hitlers dazu ist aber bisher nicht nachgewiesen worden, auch die Pläne für Deportationen aus Frankreich vom Herbst 1941 belegen sie nicht. Hier ging es vorerst darum, eine begrenzte Zahl von Juden zu deportieren und möglicherweise umzubringen, die bereits inhaftiert waren oder als Geiseln festgehalten wurden. Die Genehmigung bezog sich noch nicht auf alle französischen Juden.[209]

Daß Hitler bei mehreren Gelegenheiten antijüdische Maßnahmen und große Teilprogramme der Judenvernichtung nicht selbst erdachte und anschob, sondern ledig-

---

205 Sicher ist dagegen, daß Hitler über den Prozeß der Judenvernichtung stets gut informiert war und sie nicht etwa ablehnte. Vgl. Fleming, »Es ist des Führers Wunsch...«; Burrin, Hitler; Broszat, Hitler.

206 Siehe Anm. 15 und 16; besonders deutlich bei Burrin, Hitler, S. 106 ff.; Browning, Euphoria, v. a. S. 476.

207 Und zwar, nachdem Hitler entsprechende Pläne militärischer und ziviler Stellen für einen beispiellosen Massenmord an großen Teilen der sowjetischen Bevölkerung aus wirtschaftlichen und militärstrategischen Gründen gebilligt hatte. Hierzu Gerlach, Wirtschaftsinteressen.

208 Hitlers Grundsatzentscheidung hatte dann jedoch erhebliche Auswirkungen auf die Konferenz, indem sie sie und Heydrichs Planungen auf einen neue Grundlage stellte, ihnen neuen Antrieb verlieh, was möglicherweise mit zu dem langen Aufschub der Besprechung führte.

209 Andere Interpretation bei Burrin, Hitler, S. 145, doch auch das dort zitierte Schreiben Heydrichs v. 6.11.1941, in dem er mitteilte, daß »auch von höchster Stelle mit aller Schärfe das Judentum als der verantwortliche Brandstifter in Europa gekennzeichnet wurde«, bildet keinen Beweis. Vgl. außerdem Witte, Zwei Entscheidungen, S. 47-49; Zeitschel (deutsche Botschaft in Paris) an den BdS für Belgien und Frankreich v. 8.10.1941, in: Pätzold, Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung, S. 309 f., und Fernschreiben Himmler an Heydrich v. 27.1.1942, BA NS 19/1920, Bl. 2, über den begrenzten Personenkreis.

lich die Pläne anderer genehmigte, dürfte unumstritten sein. Heydrich selbst sprach auf der Wannsee-Konferenz davon, die Deportation der deutschen Juden habe nach »vorheriger Genehmigung durch den Führer«[210] – im September 1941 – begonnen. Er hätte es wohl kaum wagen können und wollen, von einer »Genehmigung« zu sprechen, wenn es in Wirklichkeit Hitlers 'Befehl' gewesen wäre. In ähnlicher Weise stimmte Hitler auch dem Mord an den Juden im neu besetzten Teil Frankreichs am 10. Dezember 1942 und der Ermordung der noch übrigen polnischen und sowjetischen Juden am 19. Juni 1943 zu.[211]

Odilo Globocnik ließ sich (wenn man Eichmann glauben darf, der der Bote gewesen sein will) in der Frühphase der Vernichtung im Generalgouvernement ebenfalls zwei- oder dreimal von Heydrich die Erlaubnis für die Tötung einer bestimmten Anzahl von Juden – je 150.000 oder 250.000 Menschen – geben.[212] Auch hier wurde eine regionale Initiative genehmigt, allerdings gleichzeitig stark in das gesamteuropäische Mordprogramm eingebunden. Das Vernichtungslager Belzec, das schon seit Oktober 1941 erbaut wurde, stellte anfangs den Versuch dar, die Massentötung von Juden mit Giftgas in stationären Gaskammern zu erproben und erst einmal zu beginnen.[213] Das kann auf einer Erlaubnis oder Entscheidung Hitlers beruht haben, die aber bisher nicht nachzuweisen ist. Welche Vorstellungen über die Zukunft mit dem Bau von Belzec verbunden waren, liegt noch im Dunkeln.

Auch neue Erkenntnisse über die wahrscheinlich geplante Abschiebung eines Teils der Juden aus anderen Teilen Europas ins weißrussische Mogilew, den Bau eines Krematoriums Ende 1941 und die möglichen Vorhaben zum Bau einer Gaskammer[214] beweisen nicht unbedingt ein allumfassendes Projekt zur Judenvernichtung. Denn wann dort eine Gaskammer geplant war, ist nicht sicher; es könnte auch darum gegangen sein, dorthin eine große Zahl von Juden abzuschieben, zu Zwangsarbeiten zu verwenden und durch miserable Lebensumstände zu dezimieren.[215] Im Sinn einer langsamen Vernichtung *könnte* auch Rosenbergs Bemerkung vom 18. November 1941 drei Tage nach einem Treffen mit Himmler zu deuten sein, die besetzten sowjetischen Gebieten sollten zur »biologischen Ausmerzung des gesamten Judentums in Europa« dienen. Himmler und Rosenberg waren nach ihrer Besprechung am 16. November bei Hitler gewesen, und am 17. November hatte Himmler mit Heydrich über »Beseitigung der Juden« telefoniert.[216] Doch noch am 13. Oktober hatte Rosenberg die Deportation der Juden des Generalgouvernements in die besetzten sowjetischen Gebiete bis auf weiteres für unmöglich erklärt und nur eine allgemeine Zusage für die Zukunft, die von zweifelhaftem Wert war, gegeben, und auch diese wurde Mitte

210 Protokoll, Bl. 5 (Tuchel, Am Großen Wannsee, S. 126).
211 Siehe Broszat, Hitler, S. 766 f.
212 Dies soll jedoch einmal nachträglich geschehen sein. Pohl, Lublin, S. 125.
213 Siehe ebd., besonders S. 101 und 115; Aly, »Endlösung«, S. 398.
214 Aly, »Endlösung«, S. 339-47; Christian Gerlach: Failure of Plans for an SS Extermination Camp in Mogilev, Belorussia, in: Holocaust and Genocide Studies 11 (1997), H. 1, S. 60-78.
215 Hierfür könnte auch ein jüngst aufgefundenes Dokument über eine großflächige Erweiterung des Ghettos der Stadt sprechen, in der fast alle einheimischen Juden im Oktober erschossen wurden. Siehe Jürgen Matthäus, Perspektiven der NS-Forschung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 991-1005, hier S. 1002.
216 Rosenbergs Rede: wie Anm. 71; vgl. Monologe im Führerhauptquartier, S. 140; Telefonnotizen Himmler v. 17.11.1941, BA NS 19/1438; Deutung als umfassende Absprache mit Hitler zur Judenvernichtung bei Breitman, Architect, S. 218 f.

Dezember zurückgezogen.[217] Das zeigt, daß die Geschehnisse im Herbst 1941 vor einem abschließenden Urteil noch weiter erforscht werden müssen.[218]

In jedem Fall ist jedoch die Annahme, es habe nie eine zentrale Entscheidung Hitlers über den Mord an den europäischen Juden gegeben,[219] nicht haltbar. Das gleiche gilt für Thesen, daß die letzte Entscheidung dazu erst ungefähr im Mai oder Juni 1942 fiel.[220] Die Grundsatzentscheidung vom Dezember 1941 ist ein zentrales fehlendes Glied im Entscheidungsprozeß für den Mord an den europäischen Juden. Sie stellte die Planungen für dieses Menschheitsverbrechen auf eine neue Grundlage. Sie entlastet jedoch niemanden; sie hatte nur zur Folge, daß die vielen schon bestehenden Ideen, Vorschläge und Initiativen für Vernichtungsaktionen auf regionaler Ebene gestützt, legitimiert, systematisiert wurden und einen neuen Antrieb bekamen. Bezeichnenderweise hatte vier Tage vor der Grundsatzentscheidung und unabhängig von ihr das erste Vernichtungslager, Chelmno, seine Mordtätigkeit aufgenommen.[221] Greiser hatte dafür buchstäblich eine Sondergenehmigung von Himmler und Heydrich zur Tötung von 100.000 Juden erwirkt[222] – ob Hitler eingeschaltet war, ist unklar.[223] So wenig dieser ungeheuerliche Vorgang auch normale Politik war, so sehr Hitler die Bekanntgabe seiner Entscheidung auch inszenierte – in dieser einen Hinsicht wurde über das Leben der europäischen Juden offenbar fast wie bei einem 'normalen' politischen Entschluß entschieden: der »Führer« fällte die Entscheidung nicht einsam, sondern nach einer gewissen Zeit, in einer bestimmten Situation und bei einem gegebenen Anlaß stimmte er Initiativen aus dem Staats- und Parteiapparat zu. Viele drängten auf die Ermordung aller europäischen Juden hin, doch bevor sie damit systematisch beginnen konnten, bedurfte es im NS-System einer von Hitler gefällten Entscheidung.

217 Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, 14.10. und 16.12.1941, S. 413 und 457.

218 Das gilt auch für die Hintergründe der Äußerung Hitlers vom 28.11.1941 gegenüber dem Großmufti von Jerusalem, Haj Amin El Husseini, im Fall eines deutschen Einmarschs im Vorderen Orient werde das deutsche Ziel die »Vernichtung« des »Judentums« in Palästina sein. Zitiert nach: Fleming, »Es ist des Führers Wunsch...«, S. 113-19.

219 Siehe Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen: Die »Endlösung der Judenfrage« im »Dritten Reich«, in: ders., Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek 1991, S. 184-232 (zuerst 1983), besonders S. 214.

220 Vgl. Pressac, Krematorien, besonders S. 51-55; mit Bezug auf Broszat Aly 1995, S. 398, stellvertretend für Vorstellungen einer Reihe von Forschern, die heute in diese Richtung gehen.

221 Dagegen geht Hartog, Befehl zum Judenmord, S. 65-69, von einem direkten Zusammenhang mit dem Kriegseintritt der USA und einer Hitler-Entscheidung direkt am 7.12.1941 aus. Er nimmt auf Grund einiger Fehldatierungen an, daß nur noch ein »Kopfnicken« Hitlers nötig gewesen sei, da »Himmler und Heydrich schon seit Monaten wußten, daß Hitler die europäischen Juden liquidieren wollte« (S. 65).
Jedoch hatte in einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium am 28.11.1941 der Vertreter des Warthegaus erklärt, in seinem Bereich »hielten sich z.Zt. etwa 300.000 Juden auf [...]. Bis Ende März 1942 sollen - bis auf die arbeitsfähigen Juden - alle anderen Juden abgeschoben sein.« Damit konnte nur ihre Ermordung in Chelmno gemeint sein. Diesen Zeitplan könnte die Verwaltung im Warthegau, folgt man Hartog, nur im Wissen um den bevorstehenden japanischen Angriff aufgestellt haben, das sie selbstverständlich nicht hatte. Vermerk über die Ressortbesprechung im RAM (undatiert [28.11.1941]), BA R 22/2057, Bl. 208, zur Datierung vgl. Bl. 206 f.

222 Erwähnt in Greiser an Himmler v. 1.5.1942, BA NS 19/1585, Bl. 1 f.

223 Für den Herbst 1942 ist dagegen nachgewiesen, daß Greiser Hitler fragte, was er gegen die Juden in seinem Gau tun solle, worauf Hitler erwiderte, er solle mit ihnen »nach eigenem Ermessen« verfahren. Greiser an Himmler v. 21.11.1942, ebd., Bl. 17 f; Aly, »Endlösung«, S. 395, bezieht dies irrtümlich auf den Herbst 1941.